

Der Textil-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 M. — Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Zehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 107000 Exemplare

Inhalt:

Der Blutstrom steigt weiter! — Kann man wegen der Fernhaltung des Zuzuges von Arbeitskräften von der die Fernhaltung betreffenden Fabrik zum Schadenerfolg herangezogen werden? — Die Kammerlöhne in der deutschen Textilindustrie. — Die Textilindustrie in der Heimarbeit in Baden (L.). — Maulschleien. — Ein wertvolles Urteil über die Kulturarbeit der Gewerkschaften. — Zur Kampftaktik. — Bericht von der Gaukonferenz des Bundes Westfalen, Westfalen und Großherzogtum Hessen. — Das Wohnungs- und sonstige Elend der Textilarbeiter in Marburg. — Vom Zellen. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Aus Unternehmertreffen. — Aus Handel und Industrie. — Soziales. — Technisches. — Betriebsfälle. — Missetaten in der Textilgewerbe. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Dittungen. — Anzeigen. — Feuilleton: Seide und Lumpen. — Fachgewerbliche Rundschau.

Opfer nur zu einem Teil eingeschlossen. Noch nicht eingerechnet sind die Verstümmelten, die keine Rente erhalten. Unter diesen befinden sich Leute, denen ganze Glieder fehlen; die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften haben bei ihnen einfach eine Erwerbsverminderung nicht konstatiert. Unfälle überhaupt gelangen zur Kenntnis — nicht alle Unfälle werden angemeldet —

	Überhaupt	pro 1000 Versicherter
1899:	443 318	23,83
1900:	454 341	24,05
1901:	476 200	25,24
1902:	488 707	25,61
1903:	530 507	27,25
1904:	583 965	29,80
1905:	609 180	30,00

Allein in den letzten fünf Jahren haben zusammen 2 1/2 Millionen Menschen Unfälle erlitten. Auch diese Tabelle zeigt ein fortgesetztes Anwachsen der absoluten und der relativen Unfallziffern. Dasselbe Resultat ergibt sich bei der Berechnung der Unfallhäufigkeit nach Vollarbeitern, d. h. wenn für je 300 geleistete Arbeitsstunden eine Person eingestellt wird. Eine Zusammenstellung nach diesem Modus gibt folgendes Zahlenbild:

	Überhaupt	pro 1000 Vollarbeiter
1899:	443 318	23,83
1900:	454 341	24,05
1901:	476 200	25,24
1902:	488 707	25,61
1903:	530 507	27,25
1904:	583 965	29,80
1905:	609 180	30,00

Selbstverständlich ist die Unfallhäufigkeit in gewerblichen und in landwirtschaftlichen Betrieben sehr verschieden und in den gewerblichen Anlagen gehen die Unfallziffern nach den verschiedenen Gruppen ebenfalls wieder weit auseinander. Nachfolgend geben wir zunächst eine Gegenüberstellung der Unfälle in Industrie und Landwirtschaft:

Jahr	Überhaupt	pro 1000 Versicherter	Landwirtschaftliche Unfälle	pro 1000 Versicherter
1899	443 318	23,83	51 287	4,68
1904	583 965	29,80	68 008	5,00
1905	609 180	30,00	66 385	5,03

Relativ sind die Unfälle in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften stärker gestiegen, als in den gewerblichen versicherungspflichtigen Anlagen. Für sämtliche Unfälle beträgt die Steigerung von 1899 auf 1905 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 30 Proz., bei den landwirtschaftlichen 29 Proz., nach dem Verhältnis der Arbeiterzahl berechnet, ergibt sich jedoch bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften eine Steigerung von 12,85 Proz., und bei den landwirtschaftlichen eine Zunahme um 29 1/2 Proz. Diese unheimliche Zunahme der Unfälle in den landwirtschaftlichen Betrieben macht die Abneigung der Agrarier gegen Rentenzahlungen erklärlich. Auch eine vermehrte Vorsorge zum Schutze gegen die Unfallgefahren ist den Jüngern in tiefer Seele verhaftet, sie wollen im Gegenteil die jetzt geltenden Vorschriften noch rückwärts revidieren. Was aus den Opfern feudaler Rücksicht- und Gewissenlosigkeit nachher wird, ist den Ebelsten gleichgültig.

Ein besonderes Kapitel beansprucht die Unfallstatistik der Jugendlichen. Es erlitten entschädigungspflichtige Unfälle:

Kinder unter 16 Jahren, männliche	1901	1902	1903	1904	1905
	3218	3487	3819	3981	4056
" " " weibliche	800	748	816	868	895

Und mit den Unfallziffern der Kinder stehen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wiederum an erster Stelle. Es verunglückten z. B.:

	in gewerblichen Betrieben	in landwirtschaftlichen Betrieben
männliche	1904: 2028	1904: 1910
weibliche	211	1905: 620

In den landwirtschaftlichen Betrieben verunglückten im letzten Jahre mehr als doppelt soviel weibliche Kinder, wie in den gewerblichen Betrieben. Zu welcher beängstigenden Höhe die Unfallziffern angewachsen sind, läßt recht deutlich noch erkennen die nachfolgende Zusammenstellung nach einzelnen Gewerbegruppen:

	1904	1905
Bergbau	9,82	9,89
Steinbrüche	14,48	15,58
Glas, Töpferei, Biegelei	6,58	7,02
Eisen und Stahl	11,25	10,99
Metall-, Feinmechanik, Musikinstrumenten	6,88	6,84
Chemie	8,85	8,71
Gas- und Wasserwerke	6,78	6,44
Textilindustrie	8,00	8,07
Papier und Buchdruck	4,57	5,05
Leber, Bekleidung	8,98	8,98

*) Ohne die Versicherungsanstalten der Baugewerkschaften, der Ziegelei-Berufsgenossenschaften und der Seiden- und Wollwebereien.

Auf 1000 Vollarbeiter kommen entschädigungspflichtige Unfälle:

	1904	1905
überhaupt tödlich	12,68	13,05
überhaupt tödlich	5,07	4,98
Nahrungsmittel, Fleischerei, Tabak	12,89	12,19
Müllerei, Zucker, Molkerei, Brennerei, Stärkefabr., Brauerei u. Mälzerei	11,70	11,48
Wandereien (Waldbetriebe)	6,60	7,07
Private Bahnbetriebe	14,31	15,56
Lagererei, Fuhrwesen	15,02	14,31
Winnenshiffahrt	6,72	6,60
Seeschiffahrt (Privatbetriebe)	5,35	4,48
Marine und Seeresverwaltung	7,19	6,54
Leistungsbetriebe	7,85	7,87
Staatsbahnen, Post u. Telegraph	12,56	14,53
Staatsbetriebe für Schiffahrt usw.	12,65	14,53

Und angesichts solcher Ziffern mag man es, von konservativer und ultramontaner Seite die Regierung schon zu machen, eine Änderung des Unfallversicherungsgesetzes vorzunehmen, bei welcher die Unfallrenten bis zu 33 1/2 Proz. in Wegfall kommen sollen. Am 3. Februar 1906 ließen im preussischen Abgeordnetenhause die Zentrumsdemokraten Wallenborn und Schmieding, sowie der konservative Abgeordnete v. Alving Sturm gegen die Unfallrenten bis zu 20 Proz. Man bezeichnete diese Renten nur als „Schnapsrenten“ bezw. Bierrenten. Inzwischen ist bei den Herrschaften der Appetit nach den Unfallrenten noch stärker geworden.

Der ostpreussische landwirtschaftliche Zentralverein hat an den Reichsanwalt, anscheinend in Vorahnung der unsozialen Gefinnung des neuen „nationalen“ Reichstages, Vorschlagsentwürfe über die Unfallversicherung gerichtet, in denen u. a. verlangt wird: „Eine Rente ist erst dann zu bewilligen, wenn der Verletzte durch den Unfall um mehr als 80% Proz. seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt ist. Dem Verletzten ist auszugeben, nach Ablauf der Wartzeit ohne weitere Aufforderung ein ärztliches Attest über seine Arbeitsfähigkeit bezugnehmend. Tat er dies nicht, so muß angenommen werden, daß er vollständig wieder hergestellt ist. Die Unfallrente soll ferner an Arbeiter nur bewilligt werden, wenn der Beschädigte erwerbsunfähig mindestens 80% Proz. weniger Lohn bezog als unbeschädigte Arbeiter derselben Art.“

Weiter verlangen diese ostpreussischen Landjunker, daß die Renten um 50 Proz. gekürzt werden sollen, wenn die Verletzung „durch Trunkenheit“ ausgegangen ist; ferner sollen Kinder unter 14 Jahren das Recht auf Unfallrenten erst dann haben, wenn nach Erreichung des 14. Lebensjahres noch eine verringerte Erwerbsfähigkeit vorhanden ist.

Daß die Scham bei dieser Brut- und Fleischwucherergesellschaft zu den Hunden geflohen ist, das geht aus ihrem hier angeführten Verlangen mit Deutlichkeit hervor. Man schämt sich nicht nur nicht, die Kinder unter 14 Jahren bei Arbeiten zu beschäftigen, bei denen sie zum Krüppel werden können, sondern man ist schamlos genug, zu fordern, daß diese zum Krüppel gewordenen Kinder ohne jede Entschädigung bleiben sollen.

Die organisierte Arbeiterklasse hat alle Ursache, diesem Schandfleck der kapitalistischen Produktionsweise die größte Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Bekannt ist, daß demnach eine Verschmelzung der drei Versicherungsgesetze — Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherungsgesetz — vorgenommen werden soll. Bei dieser Verschmelzung haben die konservativ-ultramontanen, sowie die sonstigen Feinde einer wirksamen Sozialpolitik nur eine weitere „Einschmelzung“ der Rechte der Arbeiter in Aussicht. Mit der Verschmelzung der Selbstverwaltung der Krankenkassen soll begonnen werden und die Beseitigung des erheblichsten Teiles der Unfallrenten soll folgen.

Das ist die Sozialpolitik, in der Deutschland vorangeht.

Kann man wegen der Fernhaltung des Zuzuges von Arbeitskräften von der die Fernhaltung betreffenden Fabrik zum Schadenerfolg herangezogen werden?

Ueber diese Frage hatte vor kurzem die dritte Zivilkammer des königl. Landgerichts zu Chemnitz zu entscheiden. In der Prozeßsache handelte es sich um eine Schadenersatzklage, welche von der Kammgarnspinnerei Liebschütz gegen die Redaktion des „Textilarbeiters“, sowie gegen den Verleger Viehweg, den Drucker Landgraf und gegen die Inhaber der offenen Handelsgesellschaft Landgraf u. Co. in Chemnitz angestrengt wurde. Die Ursache dazu liegt weit zurück und war folgende:

Auf Grund einer Aufforderung des Vertrauensmannes der organisierten Textilarbeiter in Liebschütz brachte der „Textilarbeiter“ vom Juni 1903 bis Juni 1904 in etwa jeder zweiten Nummer folgende Notiz in der Sperrtafel:

„Zuzug zu vermeiden ist von Kammgarnspinnern und Spinnereiarbeitern nach Liebschütz.“

In den Nummern 89 bis 93, vom 28. September bis 8. Dezember 1904, lautete die Notiz in der Sperrtafel folgendermaßen: „Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und den Spinnereiarbeitern in Liebschütz a. d. Elster.“

Die Kammgarnspinnerei Liebschütz hatte, nachdem sie schon am 5. August 1904 durch ihren Rechtsanwalt die Weglassung der Zuzugsverwarnung verlangt hatte, im Januar 1905 eine einstweilige Verfügung erwirkt, wonach es der Redaktion des „Textilarbeiters“ bei einer Geldstrafe von 1000 M. für jeden einzelnen Fall untersagt wurde, die zuletzt angeführte Sperrnotiz zu veröffentlichen.

Der Blutstrom steigt weiter!

Gelatinschen von Blutopfern muß die deutsche Arbeiterklasse alle Tage auf dem Schlachtfelde der Arbeit darbringen. Kein Tag vergeht, wo nicht in den Spalten der Tageszeitungen berichtet würde, daß hier oder dort Arbeiter durch Unfälle bei der Arbeit körperlich zu Schaden gekommen seien, oder gar ihr Leben eingebüßt haben.

Wann besonders in den letzten Wochen und Monaten häuften sich die Unfälle, die Arbeiter zu Schaden brachten. In den letzten Wochen und Monaten häuften sich die Unfälle, die Arbeiter zu Schaden brachten. In den letzten Wochen und Monaten häuften sich die Unfälle, die Arbeiter zu Schaden brachten.

Wann besonders in den letzten Wochen und Monaten häuften sich die Unfälle, die Arbeiter zu Schaden brachten. In den letzten Wochen und Monaten häuften sich die Unfälle, die Arbeiter zu Schaden brachten. In den letzten Wochen und Monaten häuften sich die Unfälle, die Arbeiter zu Schaden brachten.

Bei uns in Preußen-Deutschland, welches in der Welt vorangeht, richtet sich der Wert des Menschenlebens natürlich nach den kapitalistischen Grundgesetzen der zahlungsfähigen Moral. Der Arbeiter kann noch so intelligent sein und die schöne Eigenschaft besitzen, durch seine Arbeitskraft den nationalen Reichtum zu vermehren; das alles fällt nicht ins Gewicht. In der Regel ist er ein armer Schuader, der ein bedürfnisloses Dasein, vielleicht gar ein Hungerleben führt; solche Leute zählen nicht in unserer Gesellschaft. Nur der reiche Müßiggänger, der andere Menschen nicht nur für seine Unterhalt, sondern auch zur Befriedigung seiner „noblen“ Passionen arbeiten läßt und dessen einzige Sorge nur darin besteht, wie und wo er am besten essen, wie er sich am feinsten kleiden, wo er den einzelnen Jahreszeiten entsprechend am komfortabelsten wohnen und wie er am leichtesten die Zeit totschlägen könne; ein solcher Müßiggänger kann mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Gesellschaft, selbst auch dann, wenn er der größte Strohhalm wäre, sein Leben weit höher bewerten wird, wie das Leben eines Arbeiters.

Es sind ja nur Arbeiter! Natürlich! Was braucht man auf deren Gesundheit und Leben besondere Rücksicht zu nehmen? Wie gering ein Arbeiterleben bewertet wird, dafür liefern die Prozesse, welche gegen die leichtfertigen Unternehmer wegen fahrlässiger Tötung angestrengt werden, und welche in der Regel mit einer lächerlich geringen Bestrafung der Unternehmer enden, alle Wochen genügend Beispiele.

Es ist deshalb auch kein Wunder, daß der durch die Unfälle gespeiste Blutstrom von Jahr zu Jahr immer höher anschwillt. Nachfolgende Zahlen, die wir dem „Vorwärts“ entnehmen, zeigen, wie rasch diese Steigerung vor sich geht.

Nach den dem Reichstage kürzlich zugegangenen Nachweisen der Berufsgenossenschaften erlitten entschädigungspflichtige Unfälle:

Jahr	insgesamt	davon mit tödlichem Ausgang	auf 1000 Versicherte	mit tödlichem Ausgang
1899-1901	1 032 054	98 692	4,19	0,40
1902	1 119 901	7 842	6,28	0,41
1903	1 290 876	8 870	6,84	0,48
1904	1 387 673	8 752	7,00	0,44
1905	1 411 131	8 928	7,04	0,44

Insgesamt sind seit 1898 über 1 1/2 Millionen schwere Unfälle angemeldet, und 132 548 Unfälle mit tödlichem Ausgang sind ermittelbar. Die Krüppelzahlen wachsen absolut und relativ; ununterbrochen vermehrt sich das Heer der Verstümmelten. Keine Fabrik ist instand, die Summe von Hammer, Rot, Elend und Qual der Arbeiter, die diese Massenmordtaten für die Opfer selbst und deren Angehörige im Gefolge hat. Und in die obige Zahlen sind die

Schließlich erhob die Firma die Klage und verlangte nicht weniger wie 9000 Mk. Schadenersatz. Sie behauptete, die beiden Notizen seien eine Verurteilung der Firma, mit welcher bezweckt werden sollte, die Firma zu bankrottieren und sie in ihrem Geschäftsbetriebe zu schädigen; aus beiden Notizen sei die Behauptung herauszulesen, es bestände zwischen ihr und ihren Arbeitern oder einem Teile derselben ein Lohnkampf. Darin sei ein Verstoß gegen die Zensur besessen, gleichviel ob jene Behauptung wahr sei oder nicht.

Doch sie durch die Notizen im „Textilarbeiter“ geschädigt worden sei, soll sich, wie die Klagefirma behauptet, daraus ergeben, daß das Wort unter sozialdemokratischer (?) Leitung stehe; der Textilarbeiterverband, dessen offizielles Organ es sei, sei eine politische (?) Organisation, kein reiner Interessensverband, von einer politischen Partei (?) gegründet und geleitet (?) zu dem Zwecke, sich die Führerschaft über die Arbeiter zu sichern, um sie ihren politischen Zwecken dienlich zu machen. Für diese, gelinde gesagt, etwas lächerliche Behauptung umwarben Tatsachen wollte die Firma durch einige „noch zu nennende“ Reichstagsabgeordnete der sozialdemokratischen Partei den Beweis der Wahrheit antun.

Es würde ihr wohl sehr schwer gefallen sein, diejenigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die sie noch „nennen“ wollte, aufzutreiben, denn es ist möglich gewesen, daß die Firma diesen Ausfluß ihrer schamloser Phantasie durch einen Eid zu bekräftigen. Die Firma hätte besser getan, wenn sie anstatt haltlose Klagen durch haltlose Verdächtigungen des Beklagten zu führen, erst die Entstehung und den Zweck der Textilarbeiterorganisation etwas studiert hätte. Es wäre ihr dann wohl erspart geblieben, eine solch einseitige Begründung der Klage niederzuschreiben.

Aber die Firma hat wohl nur der jetzt herrschenden Richtung in der Rechtsprechung Rechnung tragen wollen; jener Richtung, welche die Sozialdemokraten mildernden Rechts erklärt. Sie spekulierte wahrscheinlich darauf, daß, wenn sie den Textilarbeiterverband und sein Nachgänger als sozialdemokratisch bezeichne, es ihr um so leichter werden würde, ein obiges Urteil zu erstreiten. Diese Spekulation ist allerdings in diesem Falle erfreulicherweise fehl gegangen.

Aber auch sonst ist die Klage noch mit einer Reihe schamhafter Irrtümer behaftet, für welche die Klägerin außer einem Geldbarm und einem Spinner keine anderen Zeugen, als „erst noch namhaft zu machende“ Arbeiter angeben kann.

Die Klage behauptet, daß Warnungen wie die hier in Frage stehenden nicht nur auf die organisierten, sondern auch auf alle anderen Arbeiter wirkten, wie sie denn auch für alle Arbeiter bestimmt seien. Ihr Zweck sei gewesen, Arbeitskräfte vom Eintritt bei der Klägerin fernzuhalten, und dieser Zweck werde bei dem bekannten Terrorismus sozialdemokratischer geleiteter und geleiteter Arbeiter auch bei anders Gesinnten erreicht, weil diese die ihnen bei Nichtbefolgung der Warnungen ersatzungsgemäß von seiten der organisierten Genossen drohenden Nachteile, Beschimpfungen, Körperverletzungen, Boykottierungen usw. fürchteten.

Tatsächlich sei es ihr infolge der Notizen teilweise unmöglich gewesen, Arbeitskräfte zu erlangen. Verschiedene Arbeiter hätten bei ihr im Montore Exemplare des „Textilarbeiters“ abgegeben und unter Bezugnahme auf die Warnung ihr mitgeteilt, daß andere Arbeitslose, unorganisierte Arbeiter, sich dadurch abhalten ließen, bei ihr in Arbeit zu treten. Wiederholt hätten auch unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, mit welchen sie schon Arbeitsverträge fest abgeschlossen gehabt habe, infolge der Notizen die Arbeit nicht aufzutreten, den Vertrag gebrochen. Andere wieder hätten sich lediglich aus demselben Grunde vom Abschluß eines Arbeitsvertrages abhalten lassen. Die Folge davon sei gewesen, daß sie vom 1. Februar 1904 an während 24 Wochen 8 Selbsttötungen habe still stehen lassen müssen, und daß nach deren Wiederinbetriebsetzung mit ihnen nicht voll habe gearbeitet werden können, weil es an den nötigen Leuten gefehlt habe. Die dadurch hervorgerufene Minderproduktion betrage, da auf einem Selbsttötungswert im Durchschnitt 165 Kilogramm Garn hergestellt würden, mehr als 30 000 Kilogramm. Der nach Abzug der Arbeitslöhne davon erzielte Bruttogewinn betrage wenigstens 9000 Mark; die Betriebskosten blieben auch bei verminderter Produktion dieselben.

Wesentlich nehmen unsere Kollegen in den Kammergarnspinnereien herauszufinden, diese rechnerischen Anhaltspunkte der Klägerischen Firma in ihrem eigenen Interesse zu verwenden. Die Firma behauptet hier also, daß sie an jedem Kilogramm Garn nach Abzug der Arbeitslöhne wenigstens einen Bruttogewinn von 30 Pf. habe. Wenn bei diesem „Bruttogewinn“ die Arbeitslöhne schon abgerechnet sind, so kommt davon nur noch in Abzug der fahungsmäßige Betrag für die Amortisation der Betriebsgebäude und Maschinen, sowie der Betrag für Brennstoff und Schmiermaterial und was an Reparaturen etwa noch auszugeben wird. Wir rechnen gewiß reichlich, wenn wir für alle diese Zwecke, inklusive der Gehälter an die Beamten, pro Kilogramm Garn 10 Pf. ansetzen. Dann haben also die Kammergarnspinnereien einen Nettogewinn von 20 Pf. von jedem Kilogramm Garn.

Doch gehen wir wieder über zum Inhalt der Klage. Für die Beurteilung der oben aufgeworfenen Frage kommen noch zwei wesentliche Punkte der Klage in Betracht. Erstens behauptet die Klage, es hätten in dem Betriebe der Kammergarn-

spinnerei Viebschwitz zu der Zeit, in welcher die Notizen im „Textilarbeiter“ erschienen seien, keine Differenzen zwischen der Firma und ihren Arbeitern bestanden. Zweitens verlangt die Firma Schadenersatz für die angebliche Minderproduktion in einer Zeit, in welcher die Notizen gar nicht erschienen waren.

Was nun die Behauptung betrifft, es hätten keine Differenzen bestanden, so ist zu bemerken, daß während der Erscheinungsdauer der ersten Notiz nicht nur Differenzen bestanden haben, sondern daß sich damals ein Teil der Arbeiterschaft, die Arbeiterinnen in der Vorspinnerei sogar, im Streik befanden, weil ihnen die verlangte Lohnerhöhung nicht angetan worden war, während der andere Teil der Arbeiterschaft von der Firma entlassen worden war.

Nun stellt sich allerdings die Firma auf den mehr als naiven Standpunkt und sagt, nachdem sie am 20. August 1903, als Folge des Streiks in der Vorspinnerei, ihre sämtlichen Arbeiter entlassen habe, habe sie ja gar keine Arbeiter mehr gehabt und es hätten demzufolge auch keine Differenzen mehr zwischen ihr und den Arbeitern stattfinden können.

Die Klage offenbart Lücken ein! Die erste Notiz bejahte nur, daß der Zugang von Kammergarnspinnern und Spinnerinnen nach Viebschwitz zu vermeiden sei; kein Wort stand darin, daß dort Differenzen bestanden. In Viebschwitz bestand damals der härteste Kampf, der sich zwischen Kapital und Arbeit denken läßt, und da hatten die organisierten Arbeiter in Viebschwitz, welche von der Kammergarnspinnerei entlassen worden waren, weil die Zeitung derselben sich nicht mit den Vorspinnereiarbeiterinnen einigte, ein Recht, von ihrem Nachgänger zu verlangen, daß es dafür Sorge, daß der Zugang von fremden Arbeitern nach Viebschwitz ferngehalten werde, solange sie noch arbeitslos auf der Straße lagen. Und der „Textilarbeiter“, der das Kampforgan der im Deutschen Textilarbeiterverbande organisierten Textilarbeiter ist, er ist dazu verpflichtet, die wirtschaftlichen Interessen der Textilarbeiter wahrzunehmen bezw. wirtschaftliche Nachteile, soweit es in seiner Möglichkeit liegt, von den Textilarbeitern fernzuhalten. Und solche Nachteile galt es hier sowohl für die Viebschwitzer, wie auch für die auswärtigen Textilarbeiter, die man erst nach Viebschwitz locken wollte, fernzuhalten.

Alle Textilarbeiter und Arbeiterinnen, die einen ehelichen Charakter besitzen, lehnen es entschieden ab, in einer Fabrik Arbeit zu nehmen, aus der die Arbeiterschaft wegen Lohnunterschieden im Streik steht oder ausgesperrt ist. Nun ist uns aber bekannt, daß es in solchen Fällen, wie demjenigen, der sich in Viebschwitz abspielte, den Arbeitern, die man anweist, in der Regel nicht gesagt wird, aus welchem Grunde Arbeiter gebraucht werden. Ja, viele Unternehmer verstoßen gegen die guten Sitten und schwindeln den Arbeitern, die nach der Ursache des Arbeitermangels fragen, falsche Tatsachen vor. Diese auf solche Weise herangeführten Arbeiter werden dadurch nur in erhebliche Unkosten gestürzt. Um sie vor solchen Unkosten zu bewahren, wurde beschloffen, alle diejenigen Firmen, bei denen zwischen der Firma und den Arbeitern Differenzen bestanden, oder wo es gar zum offenen Kampfe gekommen ist, im „Textilarbeiter“ bekannt zu geben, damit sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, die solch ein Gefühl besitzen und ihren Kollegen nicht in den Rücken fallen wollen, danach richten können. Der „Textilarbeiter“ handelte also in Wahrnehmung berechtigter Interessen, wenn er die Textilarbeiter benachrichtigte, den Zugang nach Viebschwitz zu meiden.

Aber auch während der Erscheinungsdauer der zweiten Notiz, in welcher im Gegenteil zur ersten Notiz die tatsächliche Mitteilung enthalten war, daß Differenzen bestanden und deshalb der Zugang ferngehalten werden solle, bestanden solche Differenzen. Die Firma natürlich ist auch hier anderer Meinung. Sie sagt in der bekannten Unternehmermanier, daß die vorhandene Unzufriedenheit nur auf die früheren Arbeiter zurückzuführen gewesen sei. Diese hätten nur, um wieder Einfluss unter der Arbeiterschaft zu gewinnen, die Unzufriedenheit erregt.

Natürlich lagen die Dinge ganz anders.

Von den Beklagten wird darauf näher eingegangen. Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Verantwortung für die Veröffentlichung der Notizen nur allein der Redakteur Wagner trage; die Mitbeteiligten hätten nichts damit zu tun.

Sodann wird nach einem kurzen Rückblick auf die Ursachen des Konfliktes im Jahre 1903 der Nachweis geführt, daß auch noch nach der Beendigung dieses Konfliktes im Jahre 1904 neuer Konfliktstoff vorhanden gewesen sei, und zwar Konfliktstoff, der nicht von den Arbeitern, sondern von der Firma herbeigeführt wurde.

Am 6. Februar 1904 habe die Firma durch Anschlag bekannt gemacht, daß sie künftig jeden zweiten Sonnabend die Frauen länger beschäftigen werde. Darüber hätten sich die Arbeiterinnen wiederholt beschwert und auch sonst hätten die Arbeiterinnen über schwere Arbeit und schlechte Löhne geklagt. Ferner hätte die Firma, um nicht die früher ausgesperrten Arbeiter wieder beschäftigen zu müssen, ausländische Arbeiter herangezogen, denen sie einen Lohn von 14 bis 15 Mk. pro Woche versprochen habe, während sie nur 12 bis 13 Mk. auszahlte. Auch dadurch und wegen noch einer Reihe anderer Vorurteile sei es zu Differenzen gekommen. Am 27. August 1904 habe schließlich der Vertrauensmann Heibel in Viebschwitz unter Auführung einer Reihe weiterer Vorurteile verlangt, daß im „Textilarbeiter“ bekannt gegeben werden solle, daß zwischen dem Unternehmer und den Spinnerinnen in Viebschwitz a. d. Elster Differenzen beständen.

Wenn die Klägerin nicht genug Arbeiter gefunden habe, so seien daran nicht die Notizen schuld, denn diese Bekanntmachungen richteten sich in erster Linie nur an die organisierten Arbeiter. Organisierte Arbeiter nähmen aber unter keinen Umständen dort Arbeit, wo Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern beständen. Als wahre Ursache, warum die Firma nicht genug Arbeiter bekommen habe, sei wohl die über ein halbes Jahr dauernde Arbeiteraussperrung anzusehen. Eine solche langandauernde Arbeiteraussperrung lasse die Arbeiter mit Recht befürchten, daß es ein riskantes Unternehmen sei, in einem solchen Betriebe Arbeit anzunehmen.

Aber selbst wenn angenommen werde, die beiden Notizen hätten eine Benachteiligung der Firma zur Folge gehabt, so sei doch den Beklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches und des § 24 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu gewähren, denn dies schon dargetan, hätten die Leser der Zeitung ein sehr berechtigtes Interesse an den Veröffentlichungen. Sodann aber würde schon der gute Glaube an die Richtigkeit der Notizen, den die Beklagten für sich in Anspruch nähmen, den Widerstreit gegen die guten Sitten ausschließen. Ein Redakteur, der fast ausschließlich auf Verdichte Dritter angewiesen sei, könne trotz peinlichster Vorsicht doch einmal falsche Nachrichten bringen und das könne ihm dann noch nicht zur Fahrlässigkeit angerechnet werden. Hier seien jedoch die Notizen wahr.

Das Gericht hat von 14 Zeugen 12 vernommen, 2 waren nicht zu ermitteln.

In der Beweiserhebung hat das Gericht festzustellen gesucht, wieviele von den ausgesperrten Textilarbeitern in Viebschwitz während der Zeit, für welche die Firma Schadenersatz verlangt, arbeitslos gewesen seien, und in welchem Verhältnis die Zahl der arbeitslosen Arbeiter zur Gesamtzahl der bei der Klägerischen Firma beschäftigten Arbeiter gestanden habe. Das Gericht hat festgestellt, daß im Januar 1904 noch 44 Leute in Viebschwitz arbeitslos gewesen sind, und daß diese Zahl bis zum Ende des Jahres auf 35 heruntergegangen sei.

In den Gründen des Urteils, welche wir in nächster Nummer veröffentlichen werden, sagt das Gericht, daß diese Anzahl beschäftigungslos gebliebener Arbeiter, sowohl absolut genommen, als auch im Verhältnis zur gesamten Arbeiterschaft der Klägerin — sie beschäftigte nach einem Berichte des Gemeindeverordnungsbeschlusses von Viebschwitz vom 20. August 1903 160 Leute — so groß sei, daß die Wahrnehmung ihrer oben gekennzeichneten berechtigten Interessen genügt, um die Zusatzwarnung auch für die Zeit nach Ende Januar 1904 als dadurch gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die Wahrnehmung dieser Interessen durch das Zeitungsgeschäft, welches sich dies zur Aufgabe gestellt hat, schließt die Widerrechtlichkeit der daraus hervorgegangenen Schädigung der Klägerin ebenso wie den Verstoß gegen die guten Sitten aus.

Demnach wäre also die oben aufgeworfene Frage: „Kann man wegen der Fernhaltung des Zuganges von Arbeitskräften von der der Fernhaltung betreffenden Fabrik zum Schadenersatz herangezogen werden?“ dahin zu beantworten, daß dies nicht geschehen kann, sobald berechtigte Interessen von den daran beteiligten Personen oder deren Organen wahrgenommen werden. Eine solche Wahrnehmung berechtigter Interessen, wie sie hier in Frage stehen, liegt aber voraus, daß die Ursachen, welche zu der Wahrnehmung führen, auch tatsächlich wahr sind oder doch wenigstens demjenigen, der mit der Wahrnehmung betraut ist, derart glaubhaft verbürgt werden, daß er mit gutem Gewissen auftreten und sagen kann, er habe unter den gegebenen Umständen annehmen müssen, daß die Ursachen wahr sind.

In diesem speziellen Falle hat sich das Gericht sonderbarerweise nicht auf den Standpunkt gestellt, daß während der Zeit, wo die zweite Notiz erschien, also im Herbst 1904, in dem Betriebe der Klägerischen Firma Differenzen bestanden hätten. Das Gericht will aus der Beweisführung das Ergebnis herausgefunden haben, daß in jener Zeit im allgemeinen die Arbeiterschaft der Klägerin mit ihrer Lage zufrieden gewesen sei. Wenn man aber die tatsächlichen Bekundungen der Zeugen liest, so kann man hier sehr geteilter Meinung sein. Es kommt eben auch hier sehr auf das subjektive Empfinden des einzelnen an. Den einen regt eine Sache mehr auf wie den anderen. Für den Redakteur, der, wie im „Textilarbeiter“, die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter zu bejahen hat, wird es ganz unmöglich sein, den Grad der subjektiven Empfindlichkeit seines Vertrauensmannes festzustellen.

Zimmerlin mögen die Kollegen das hier angeführte beachten und wenn sie die Fernhaltung des Zuganges nach irgend einer Fabrik für nötig halten, der Redaktion die Gründe mit angeben, warum der Zugang ferngehalten werden soll. Es genügt nicht, daß die Kollegen schreiben, es beständen Differenzen; sie müssen uns schreiben, welche Differenzen bestehen.

Das Gericht hat schließlich, auch in diesem Falle die Klage abgewiesen, und zwar deshalb, weil eidlich festgestellt wurde, daß der Redakteur, Kollege Wagner, die Sperrnotiz nicht ohne weiteres aufzunehmen, sondern, wie das immer geschieht, wenn es nicht ersichtlich ist, erst angefragt hatte, welche Gründe dafür beständen.

Außerdem wäre aber in diesem Falle die Klage auch noch aus einem anderen Grunde abgewiesen worden. Die Firma hätte nur wegen der zweiten Notiz ein obliegendes Urteil erstreiten

Seide und Lumpen.

Von A. Höfler.

Die englische, reiche Gattin des angesehenen Fabrikanten W... die mit ihrem Gemahl häufig das berühmte Weinrestaurant zum G... Keller (mein Stammlokal) besuchte, hatte mir es angetragen. Wenn sie ihre blauen Augen so unnahelhaft aufschlag und mit melodischer Stimme in ihrem zeitlosen hannoverschen Dialekt, der so sanft und süß klang, zu sprechen anfing, und ihre hellblonden Flechten ihr Haupt wie ein goldenes Diadem umrahmten, so glaubte ich fast einen Engel zu sehen, der eigens aus dem Himmel gekommen schien, um dessen Seligsitzen über die arme Erde auszugießen. Noch einmal so feurig erschien mir dann der „La crimea Christi“, der wie flüssiges Gold im Glase funkelte.

Wolle mich die schöne Leserin nicht falsch verstehen, nicht unvorne Liebe war es, die mich zu der Holde hinzog, sondern jene tiefe heilige Verehrung, die wir dem Hohen, Reinen und willkürlich darbringen.

Wie heidenswerter muß das Los der Angestellten ihres Mannes sein! dachte ich oft. Diese gültige Fee ist gewiß nach Kräften bestrebt, die Gegenstände zwischen Armut und Reichtum zu lindern. Fast wünschte ich mir, als Angestellter ihres Mannes in dessen Betriebe eine kleine Verletzung zu erleiden, nur um diese blauen, glänzenden Augen vielmals feucht schimmern zu sehen.

Da ereignete sich etwas Schreckliches in der Fabrik meines Jdeals, daß mich unfaßlich an meinen Träumen von Feen und gültigen Engeln riß. Ich las in der Zeitung, daß in der Fabrik meiner Gattin ein Scherling in das Riemengetriebe kam und, entsetzlich verstümmelt, eine Stunde später sein junges Leben aushauchte.

Noch ganz unter dem Eindruck dieses entsetzlichen Ereignisses stehend, betrat ich abends mein Lokal in der festen Meinung, meine Angehörige nun längere Tage dort nicht mehr zu sehen, denn der Vorkfall hatte sie gewiß zu sehr erschüttert und angegriffen. Gewiß waren ihre Augen trübe von den heißen Tränen, die sie der so früh geknickten Menschenblüte nachweinte.

Wie erkannte ich jedoch, sie heiter lächelnd, wie stets, beim Meiner anzutreffen. Na, das war wieder einmal eine dumme Namensverwechslung, die dem Reporter unterlaufen ist, dachte ich mir, und amete erschrocken auf. Da fragte ein Bekannter die

schöne Frau näher nach dem schrecklichen Fall. Meine vermeintliche Fee schlug die wunderbaren Augen auf, ihr goldenes Haar flimmerte bei der Wendung des schönen Hauptes, und mit der süßesten Stimme erwiderte sie: „Ach, der dumme Junge hat uns was angeliefert, die Kaufereien der gerichtlichen Untersuchung und die Kosten der Beerbigung, die wir doch anstandslos tragen müssen, trotzdem uns doch keinerlei Schuld trifft.“ Da biß sie auch schon wieder herzhaft in ein Stückchen Zwieback. Kein leises Wort des Bedauerns, keine Träne für das junge Menschenleben hatte das gefühllose Weib übrig.

„Herzloses, gleichgültiges Geschöpf sei verflucht!“ konnte ich mich nicht enthalten, ihr zuzurufen, und stürzte aus dem Lokal. Mein Glaube an Engel und Feen war dahin.

Ich saß vor einem der großen Cafés am Boulevard des Italiens in der französischen Hauptstadt und betrachtete das glänzende Treiben um mich her. Es war gegen neun Uhr abends. Straßenreiter fangen ein feuriges Lied von Freiheit und Liebe. Grande-mère (Großmutter) trippelte wieder von Tisch zu Tisch, mit müder Stimme ihre Streichhölzer anbietend. Wie Silber umrahmte das Haar das Haupt der 85jährigen Greisin. Ihre hohe Gestalt war nur leicht gebeugt. Die arme Alte sah an diesem Abend kein Glück zu haben. Niemand kaufte ihr etwas ab und ihr Köbchen war fast noch voll. Traurig schlich sie weiter und ich sah wahrhaftig Tränen in ihren Augen stehen.

Dieses Mißgeschick wollte in mir auf mit der Unglücklichen, die noch in so hohem Alter von der Güte und den Reizen ihrer Mitmenschen abhing. „Grande-mère, ur moment, il vous plaît“ rief ich ihr nach, und sie kam auf mich zu. Ich brühte der Armen eine Kränze in die Hand, wenig und doch alles, was ein armer Dichter geben konnte. „Grande-mère würde gewiß mein guter Wille, und mit eßt französischer Lebhaftigkeit dankte sie mir und wünschte mir alles gut.“

Vom Proprietäre (Eigentümer) erfuhr ich dann, daß die arme Großmutter schon seit 60 Jahren für eine blinde Schweißerin sorge, der zu Liebe sie auf alle irdischen Freuden verzichtete, nur um der Nerven, die auch schon bei den 70er Jahren stehe, in ihrer ewigen Nacht eine Stütze und ein Tröstlein zu können.

Geile Tränen entfielen meinen Augen; arme Grande-mère, in deinem armeneligen Lumpen, wach ein Glanz geht von dir aus,

*) Großmutter, bitte, einen Augenblick.

wie schrumpft neben dir die stolze, in prunkende Gewänder gehüllte deutsche Schweißerin in ein Nichts zusammen. Ich glaube wieder an die Menschenliebe!

Fachgewerbliche Rundschau.

Die Kunstseidefabriken haben nach einem Bericht der Elberfelder Handelskammer gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme des Absatzes um mehr als 80 Proz. zu verzeichnen. In dem Verbrauch von Kunstseide ist das Ausland mit einem erheblichen Prozentsatz beteiligt und es steht, sofern die Vereinigten Staaten nicht wieder mit Zollschwierigkeiten wie zu Beginn des Berichtsjahres während auf den Geschäftsgang einwirken, weiterhin eine erfreuliche Entwicklung des deutschen Kunstseideexportes zu erwarten und damit Hand in Hand ein weiteres Aufblühen der Kunstseidenfabrikation, dessen vorteilhafte Rückwirkung auf die deutsche Befahrungindustrie schon seit Jahren bemerkbar macht.

Aus der Seidenbandbranche. Der „Confessionair“ schreibt: „Wenn man sich ein ungefähres Bild über die Situation auf dem Seidenbandmarkt machen will, muß man die Briefe lesen, die die Fabrikanten ihren Abnehmern senden.“ Basel schreibt: „In den nächsten Tagen sind weitere Preisausschläge von 10 Proz. zu erwarten, da keine fertige Seide zu haben ist; an ein Falten der Preise ist nicht zu denken! Seide ist um 4-5 Frank gestiegen! Nach allem, was man hört und hört, dauert die Seide fort. Dabei wird immer weiter bestellt, so daß sehr lange Lieferzeiten verlangt werden; die Lieferzeit ist heute: Ende August bis 10. September. Die Seidenfabriken sind um weitere 6 Proz. aufgelaufen.“

Die rheinischen Fabrikanten schreiben: „Die Seide dauert fort.“ Wir können nur raten, sich zu bedenken, weil wir mit jedem Tage höhere Preise notieren müssen.

Infolgedessen verstehen sich die Preise ohne Verbindlichkeit und wird darauf aufmerksam gemacht, daß die enormen Preise für Seide und Hochstoffe eine Erhöhung von 30 Proz. ergeben. Unter Bezugnahme auf ein früheres Diktum wird geschrieben: „Die Situation hat sich insofern noch zuspitzt, als die Arbeiter sich weigern, schmale Nummern in Wändern zu machen, was zweifellos einen Warenmangel nach sich ziehen wird.“

Die Fabrikanten schreiben ihren großen Abnehmern: „Schmale Breiten sind für Geld und gute Worte nicht unterzubringen, und

König. Diese zweite Notiz erschien in der Zeit vom 23. September bis 30. Dezember 1904. Die Firma aber will den eingeklagten Schaden in den auf den 1. Februar 1904 folgenden 24 Wochen erlassen haben. Daburch aber ist jeder ursächliche Zusammenhang verloren gegangen.

Die Jammerlöhne in der deutschen Textilindustrie.

Das fürchterliche Geschrei der Unternehmer in der Textilindustrie über die angeblich hohen Arbeitslöhne erweist sich als das, was wir es schon von vornherein bezeichnet hatten, nämlich als blinder Lärm. Man schrieb nur immer über die angeblich hohen Löhne, um weitere Hungerlöhne bezahlen zu können. Diese Tatsache tritt jetzt in den Lohnberechnungsnachweisen der Textil-Verufsgenossenschaften klar hervor. Wenn man die Verpflegungssätze für Gefangene oder Militärpersonen in Berücksichtigung zieht, dann muß man ein Jahreseinkommen von 1200 Mark und einen Tagesverdienst von 4 Mark als die Untergrenze des Existenzminimums bezeichnen. In der deutschen Textilindustrie aber bleibt der durchschnittliche Tagesverdienst innerhalb aller Verufsgenossenschaften unter 3 Mark, ja im Bereiche der Schlesischen Textilindustrie sogar unter 2 Mark. In den Lohnberechnungsnachweisen wird von den gewerkschaftlichen Verufsgenossenschaften neben der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen auch eine auf Grund der geleisteten Tagesarbeiten berechnete Arbeiterzahl angegeben in der Weise, daß für je 100 Arbeitstage ein sogenannter Vollarbeiter eingestellt wird; ferner werden neben den anrechnungsfähigen die wirklich gezahlten Lohnsummen ausgewiesen. Auf dieser Basis läßt sich die pro Arbeiter gezahlte Lohnsumme berechnen. Allerdings auf vollständige Korrektheit kann auch diese Berechnung keinen Anspruch erheben, aber die Differenzen können immerhin nur wenige Pfennige betragen. In den wenigsten Fällen ist die Dauer der Tagesschichten berücksichtigt worden, so daß Ueberstunden und Schichten in die einzelne Tagesschicht eingerechnet worden sind.

Da finden wir nun folgende tägliche Durchschnittsverdienste:

Verufsgenossenschaften	Zahl der durchschnittl. beschäftigten Arbeiter	Geleistete Arbeits-schichten pro Kopf	Tages-durchschnitts-verdienst in M.
Selen-Ver.	67 004	300	2,74
Rhein-Verf. L.-V.	188 022	300	2,78
Sächsisch. Text.-V.	225 272	270	2,52
Norddeutsche L.-V.	128 914	309	2,47
Leinwand-Ver.	56 454	300	2,40
Textil-Ver. v. Elb- u. Ostpr.	67 188	300	2,84
Süddeutsche L.-V.	119 161	300	2,18
Sächsisch. L.-V.	58 245	312	2,76

Vielleicht nehmen nun unsere Kollegen diese Aufstellung der gezahlten Durchschnittslöhne zur Hand und halten sie den Unternehmern unter die Nase, falls diese wieder einmal kommen und über die hohen Arbeitslöhne schreien. Diese Aufstellung der Löhne zeigt, welche Lohnaufbesserungen wir noch durchzuführen haben, bis wir die unterste Grenze des Existenzminimums erreicht haben. Der Tagesarbeitsverdienst von 4 Mark als unterste Grenze des Existenzminimums angenommen, haben die Kollegen und Kolleginnen in dem Bereiche der nachfolgenden Textil-Verufsgenossenschaften ihre täglichen Durchschnittslöhne noch um folgende Beträge zu erhöhen:

In der

Seidenverufsg.	um 1,26 M.
Rhein. Verf. L.-V.	1,27
Sächsischen L.-V.	1,48
Norddeutschen L.-V.	1,43
Leinwandverufsg.	1,60
Textil-Ver. Elb- u. Ostpr.	1,66
Süddeutschen L.-V.	1,84
Schlesischen L.-V.	2,25

Es ist also noch eine Erhöhung des Lohnes um 35 bis 120 Proz. nötig, ehe die deutschen Textilarbeiter an der untersten Grenze des Existenzminimums angelangt sind. Kollegen und Kolleginnen, schafft unermüdetlich am Ausbau der Organisation, denn jetzt ist die beste Gelegenheit dazu, diese Grenze des Existenzminimums zu erreichen.

Daß die Unternehmer gar keine Ursachen haben, über „hohe“ Arbeitslöhne zu jammern, das wird jetzt auch, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt von einem Unternehmer der Textilindustrie bestätigt. Der Mann beschäftigt sich mit dem in der Textilindustrie herrschenden Arbeitermangel, und als Ursache für diesen Mangel an geschulten Arbeitern bezeichnet er die Tatsache, daß es in geeigneter Weise feststeht. Die junge Generation — sagt er — finde in den anderen Industriezweigen ausgedehntere und vor allem lohnendere Beschäftigung als wie in der Textilindustrie. Es ist also den Ansehen, als fange es im Oberstübchen allmählich an zu dümmern. Mögen nur die Arbeiter sorgen, daß es bald ganz hell werde.

Alle Arbeiter weigern sich, ihre Stühle mit den Breiten 6—20 zu besetzen. Die Diebstahl für den Rhein ist September. Dreizehntel sind lieferbar September-Oktober.

Vom Leinwandmarkt. Die Befreiungsschwierigkeiten häufen sich, je weiter die Saison vorrückt. Auch die Preise für Garne (sowohl wie für Waren) sind weiter gestiegen, da über die Produktion meist bereits bis Ende des Jahres hinaus verfügt ist. Selbst die starken Ausrückgänge an den Effektenbörsen haben nicht vermocht, die Lage des Warengeschäftes ungünstig zu beeinflussen. Der Warenbedarf hat sich, dank der gesteigerten Kaufkraft der Industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung, viel stärker vermehrt als die Produktionsmittel, und die Nachfrage nimmt stets zu. Deshalb ist trotz der Vorgänge auf dem Weltmarkt die Lage der Leinwandindustrie nach wie vor als durchaus gesund anzusehen.

Ueber die amerikanische Baumwollente für 1906 läßt sich heute sagen, daß die allgemeine Schätzung mit 12 1/2 Millionen Ballen à 500 Pfund als ziemlich richtig zu betrachten ist. Außerordentlich günstige Witterungsverhältnisse für das Gedeihen der Baumwolle und der Umstand, daß der gefährlichste Schädling, der Cotton Boll Weevil, im Jahre 1906 sich weniger unangenehm fühlbar machte, als in den Vorjahren, bewirkten dieses günstige Resultat. Der Ertrag wird auf 640 000 000 Dollar geschätzt. In dem am 30. Juni 1906 abgelaufenen Rechnungsjahre exportierten die Vereinigten Staaten für annähernd 400 000 000 Dollar Baumwolle (3 094 085 170 Pfund zu je 11 Cent). Es ist anzunehmen, daß der vorjährige Erntemehrertrag von 1 200 000 Ballen den Export entsprechend steigern wird. Deffenungeachtet machen sich bisher keine Anzeichen dafür bemerkbar, daß die Preise zurückgehen. In einigen Staaten ist schon jetzt die Ernte ganz verkauft, und vor allem sind es Händler aus England, die immer mehr persönlich die Hauptstaaten bereisen und ihren Bedarf an Ort und Stelle decken. Englische Fabrikanten haben große Strecken Landes in Texas aufgekauft, um dort selbst Baumwollzucht zu betreiben oder die Felder in Pacht zu geben. Auch vollzieht sich immer mehr das Ausweichen des Zwischenhändlers und das Verkaufen der Baumwolle direkt an die Spinnerinnen. Die gewaltig answachsenden Ernte- und Exportziffern (2 715 000 000 und 1 887 000 000 Dollar) in den sechs Jahren 1901 bis 1906 einschließlich, haben eine andauernde Steigerung des Wertes der Baumwollfasern um 40 Proz. in diesen Jahren mit sich gebracht.

Eine große Anzahl Betriebsvergrößerungen und Errichtungen neuer Betriebe werden wieder gemeldet.

Die Textilindustrie in der Heimarbeit in Baden.

Die gesetzliche Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Heimarbeiter ist in Fluß. Dem neuen Reichstag hat die sozialdemokratische Fraktion einen umfassenden Antrag zur Behandlung überwiesen, der dem graufigen Elend und der vollendeten Rechtlosigkeit der zahlreichen Arbeiter der Hausindustrie zu steuern in der Lage ist, sofern ihn die Mehrheitsparteien und die Regierung akzeptieren. Daran ist nun allerdings nicht zu denken; aber sowohl die Regierung wie die Mehrheitsparteien empfinden, daß der deutschen Hausindustrie nur gesetzliche Maßregeln aus dem Stumpf helfen können, in welchen sie durch die Gleichgültigkeit der Parlamente und durch die grenzenlose Profitgier der Unternehmer geraten ist. Graf Kosobrodsky sagte im Februar 1906 — vielleicht unter der intensiven Einwirkung der in Berlin etabliert gewesenen Heimarbeiters-Ausstellung — im Reichstage, ein gesetzliches Eingreifen lasse sich nicht länger mehr aufschieben. Und die Mehrheitsparteien haben vor kurzem entsprechende Anträge vorbereitet, die sie dem neugewählten Reichsparlament, das bekanntlich nach dem Fürsten Bülow das Parlament der Sozialpolitik sein soll, zugehen lassen. Aber auch sonstige öffentliche Korporationen drängen auf gesetzliche Regelung der schwierigen Materie, und die Berliner Handelskammer hat vor kurzem ein längeres Gutachten abgegeben, das ihre Stellung zur Heimarbeitfrage präzisiert. Ein anderes Dokument von weitgehender Bedeutung — nicht zuletzt für die Textilindustrie — ist das vor einigen Wochen erschienene Werk der badischen Fabrikinspektion, betitelt: Hausindustrie und Heimarbeit in Baden, das recht gewichtige Beweise für die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Heimarbeitverhältnisse beibringt.

Auch die Textilindustrie ist bei den sich auf drei Jahre erstreckenden Untersuchungen beachtet worden. Recht gründlich; für unsere Organisation, für den Textilarbeiter eine wahre Fundgrube von Material. Bekanntlich sind im sogenannten badischen Oberlande, und speziell an der Schweizer Grenze, alle Zweige der Textilindustrie vertreten. 27 001 Arbeiter werden in 177 Betrieben beschäftigt; von den Beschäftigten sind 10 996 männlichen, 16 005 weiblichen Geschlechts. Daß solche Zahlen ohne weiteres eine ausgedehnte Hausindustrie als Begleiterscheinung haben, bedarf nicht erst eines längeren Nachweises. Obwohl sich in einzelnen Branchen die zuverlässige Grenze zwischen Fabrik- und Heimarbeit nicht feststellen läßt, hat die badische Fabrikinspektion ziemlich einwandfrei das Vorhandensein von

3746 Hausindustriellen in Baden nachgewiesen. Sie verteilen sich auf 150 Gemeinden. Die einzelnen Zweige stellen folgendes Kontingent:

Segeltuch-, Baumwoll- und Leinwandweberei	146 Personen
Tricotweberei und Strumpfwarenherstellung	348
Seidenzwirnerei, Spinnerei und Käseidefabrikation	818
Seidenstoffweberei	749
Seidenbandweberei	1401
Seidengaze und Seidenbandfabrikation	41
Wäscherei, Spinnerei und Färberei	127

Insgesamt 3746 Personen

Den größten Prozentsatz stellt erklärlicherweise das weibliche Geschlecht. Von den genannten 3746 Personen sind weiblich 3042 = 81,2 Proz., männlich 704 = 18,8 Proz.

Unsere besondere Beachtung verdienen die Seidenbandweberei auf dem sogenannten Hohenwäld und die Heimarbeiter der ersten deutschen Kammergesellschaft in Emmendingen. Sie haben gar keinen guten Ruf, die Hohenwälder Seidenweber. Die lohnwürdige Krenzung ihrer Arbeitsweise und die immense Schwierigkeit, den rauhen Woben für die Organisationsbestrebungen zu lockern, dazu die häufig nur saisonmäßig ausübende Beschäftigung haben ihnen von jeher einen Ehrenplatz eingeräumt, wenn man die trübten Nachseiten der Heimarbeitfrage in der Textilindustrie aufgerollt hat. Denn die Hohenwälder waren in erster Linie Bauern, und Bauernmäßigkeit ist es auch, die sie trotz kümmerlichen Daseins auf dem von ihnen bewohnten, wenig ergiebigen Fleckchen Erde aushalten läßt.

Es sind sechs industrielle Unternehmer, die in Baden die Seidenbänder in der Heimarbeit herstellen lassen. Drei von ihnen befinden sich in Säckingen, zwei in Lörrach und einer in Waldbach. Aufgestellt sind 576 Seidenbandwebstühle. An ihnen sind beschäftigt 578 Weber, 108 Weiberinnen, 45 Zettlerinnen, 88 Geschirrmacherinnen und 88 Wandpflückerinnen. Es kommen noch dazu die Spuler und Winder, die Hilfsarbeiter der Hausweber, so daß insgesamt 1401 Personen in der Seidenbandweberei beschäftigt sind, davon 918 weibliche und 483 männliche. Die Kinderarbeit darf natürlich nicht unberücksichtigt gelassen werden. Unter 14 Jahren sind die Kinder als Hilfsarbeiter tätig. Die Fabrikinspektion stellt ihre Anzahl auf 78 fest, ist aber überzeugt, daß diese Angabe recht wenig der Wirklichkeit nahekommt, denn sie fügt hinzu: „Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß diese Zahlen von der Wirklichkeit überholt werden.“

Die Firma Klein u. Vogel, mechanische Wundweber in M. Gladbach, hat nunmehr ihren Betrieb in das neuerbaute große Fabriklokal, Mühlenstr. 61/67, verlegt. Die Firma erweiterte ihren Betrieb durch eine große Anzahl Webstühle, richtete eine neue Wäscherei, Kauterei sowie eine vollständige Veredelungsanstalt ein, wie eine solche für eine größere Fabrik unbedingt erforderlich ist.

Eine neue Spinnerei wird in Gelsenkirchen erbaut. Unter der Firma Ferdinands u. Keller haben der Fabrikdirektor Heinrich Hermann Keller in Rheydt eine Kommanditgesellschaft begründet, die in Gelsenkirchen eine Spinnerei errichtet.

Die mechanische Weberei von Schmidt u. Pflüger in Frankenberg i. S. beginnt dieser Tage mit einer Erweiterung ihrer Fabrik. Die Firma wird bei dieser Gelegenheit 200 neue mechanische Webstühle aufstellen.

Seitens der Firma F. A. Klumpers in Rheine i. W., Baumwollspinnerei- und Weberei, wird im Laufe dieses Jahres eine weitere Weberei mit circa 1500 mechanischen Webstühlen erbaut werden. Mit dem Bau der neuen Fabrik soll gleichzeitig der Bau einer größeren Anzahl Arbeiterwohnhäuser in Angriff genommen werden.

Die Firma Alfred Leonhardt, Spinnerei Hammelmühle, hat in Nieberg bei Hainichen eine Baumwollspinnerei errichtet.

Die mechanische Flachspinnerei in Arach, N. O., erbaut ein neues Spinnereigebäude.

Eine Wollspinnerei abgebrannt. In der Wollspinnerei Stahr, Helbig u. Co., der sogenannten Otischen Fabrik in Löwenberg in Schlesien, brach Feuer aus, welches das ganze Fabrikgebäude in Asche legte. Die Spinnerei war verpackt. Da sie hart am Bahnhöfen lag, war sie für die Ausbehrung der Bahn von jeher ein großes Hindernis.

Gespinnst aus Solstoff. Die Geraer Zuteilspinnerei in Triebes hat 1000 Spindeln zum Betrieb eines Verfahrens eingerichtet, um aus Solstoff dem Zuteilgen ähnliche Gespinste zu erzeugen. Das neuartige Garn soll sich für beschriebene Artikel als Ersatz für Zuteil sehr gut eignen.

Eine weitere Webstühle soll in Württemberg, und zwar in Ebgingen, dem Zentrum der Tricotindustrie Südbayerns, errichtet werden.

Die Geschichte der Bandweberei ist eigentlich lehrreich; sie führt uns bis ins 16. Jahrhundert zurück. Von der Schweiz aus wurde die Bandweberei in die badischen Grenzorte übergeleitet. Gar bald hielt auch der Dampf in der Seidenbandweberei seinen Einzug; es entstanden schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die geschlossenen Fabrikbetriebe, deren Stühle mit Maschinen angetrieben wurden. Im Jahre 1880 finden wir in Basel, Stadt und Land, von 7000 Stühlen etwa 2000 mit Dampf bewegt. Den Dampf hat die Elektrizität verdrängt, und von diesem Augenblick an beginnt die Hausarbeit für die Seidenbandweber eine andere Gestalt anzunehmen. Die Hausweber in Basel-Land hatten mit dem elektrischen Antrieb recht gute Erfahrungen gemacht und sie beizifferien ihren Mehrerwerb auf jährlich 200 bis 300 Franken, wovon allerdings die Kosten des elektrischen Antriebes mit etwa 110 Franken jährlich abgingen. Im Jahre 1902 sollte eine Versammlung von Vertretern der beteiligten Gemeinden und von Hauswebern den Plan festlegen, daß die Hohenwälder Hausweber durch Zuführung elektrischer Kraft zu den Webstühlen auf ihre alten Stühle sechst zu erhalten seien. Eine Genossenschaft sollte der Erreichung des Zweckes die Möglichkeit bieten. Die Kosten für die Stromzentrale belaufen sich auf 300 000 M. Die Jahreseinnahmen der Genossenschaft wurden auf 71 000 M. die Ausgaben auf 57 000 M. geschätzt. Für jeden Stuhl sollten als Anteil 100 M. bezahlt werden. Die Fabrikanten wollte man veranlassen, die Kosten der Umänderung der Handwebstühle für den elektrischen Antrieb zu übernehmen. Gleichzeitig erwartete man, daß die Unternehmer einer Anzahl Genossenschaftsanteile sein würden. Die Landesversicherungsanstalt Baden gab ein Darlehen von 225 000 Mark, das Ministerium des Innern bewilligte zur Einführung des elektrischen Antriebes der Hauswebstühle 40 000 M.

Das war nun alles schön und gut; die Genossenschaft kam zustande, und im Jahre 1905 waren in circa 26 Gemeinden fast sämtliche Webstühle mit elektrischer Kraft versehen. Aber — der erhoffte Mehrerwerb blieb aus. Man hatte den Webern nämlich „bedeutend höhere Verdienste“ versprochen, und sie mußten nun aufsehen, wie die Fabrikanten bald nach Einführung des elektrischen Antriebes die Abschläge herabsetzten. Ein Fabrikant erklärte der Fabrikinspektion zwar, diese Herabsetzung sei nur eine vorübergehende Erscheinung; die Hausweber jedoch nahmen wahr, daß diese „vorübergehende Erscheinung“ noch lebendig war, als die bessere Konjunktur sich lange schon eingestellt hatte. Im so mehr erbitterte das die Weber, als selbst von Seiten der Fabrikanten zugegeben wurde, daß die Arbeitsleistung um volle 30 Proz. gestiegen war. Dazu mußten die Weber auch Antriebskraft und Bedienung des Stuhles bezahlen, wenn sie ohne Arbeit sind. Schließlich blieb den Hohenwäldern nicht verborgen, daß in Arefeld und Elberfeld die Meterlöhne auch nach Einführung des elektrischen Antriebes bestehen blieben. Ein Beispiel mag die vorstehend angeführten, recht interessanten Tatsachen erläutern, weil sie zugleich Beweis sind, wie das Unternehmertum in jedem Falle technische Fortschritte für sich allein beansprucht.

Im Jahre 1904 erhielt ein Weber für einen bestimmten Auftrag 71,70 M.; jetzt für den doppelten Auftrag 90,72 M. Er braucht beim elektrischen Antrieb für den doppelten Auftrag auch nur 300 Stunden. Und nun vergleiche man:

	1904	1905
Eine Auflage umfaßt an Gängen	6	12
Bei 150 Meter Bettlänge laurte der Auftrag auf	Met. 900	1800
Für Winder und Spulen wurden benötigt	Stb. 75	150
Für Einzeln und Andrehen	42	84
Da die Webzeit in beiden Fällen 300 Stunden beträgt, waren insgesamt aufzuwenden an	417	834
An Band wurde pro Arbeitsst. hergestellt	Met. 2,15	3,37
In 2800 Stunden führte der Weber, da er auch Einzeln und Andrehen besorgt, Aufträge aus	8187	7201
Er bekam dafür	M. 71,70	90,72
Er wohnt an	Met. 7858	18 128
Die Produktion hat zugenommen	—	5 705
Lohn für 100 Meter	M. 7,07	5,04
Von 2800 Stunden verwendete der Weber für das Aufmachen des Stuhles	Stb. 344	618
Für das Weben	2458	2187
Für das Wenden und Spulen, Frau oder Kinder verwendet	014	1 098
Gesamtaufwand für die Arbeitsleistung	3414	3 898
Vermehrt um	—	479
Gesamthauslohn der Familie	M. 587,—	661,44
Für Spulen und Weben sind einzusetzen à Stunde 10 Pfg. —	61,40	100,80
Jahresverdienst des Webers	525,80	552,14
Jahresausgabe des Webers für motorische Kraft	—	78,—
Reinerwerb des Weberfamilie	587,—	585,14
Der Weber verdient weniger	—	40,48
Seine Familie mehr	—	47,60
Verdienst verringert um	—	1,60
Stundenlohn des Webers, Spulen und Winder eingeschlossen	Pfg. 20,08	23,62
Nach Abzug der Löhne für Spulen und Winder	18,77	10,71
Da die motorische Kraft für die Weberstunde 2,71 Pfg. beträgt, ist wirklicher Stundenverdienst	—	17,—
Vermindert um	M. —	1,77 = 10,8%
Für 100 Met. Band hat sich der Lohnsatz verringert um	—	2,98
Bei einer Jahresleistung des Stuhles von 13 125 Meter spart der Fabrikant an Arbeitslöhnen	—	384,50 = 30,76%

Vorliegende Zahlen sind dem günstigsten der drei von der Fabrikinspektion angeführten Beispiele entnommen. In den zwei anderen Beispielen wird auf ähnlicher Grundlage berechnet, daß nach der Einführung des elektrischen Antriebes weniger verdient werden 10,3 Proz. und 10,9 Proz. Der Stundenverdienst stellt sich beim ersten Beispiel auf 17, beim zweiten auf 14,25, beim dritten auf 18,48 Pfg., er kommt einem Tagesverdienst von 2,88, 1,90 und 1,88 M. gleich. Nach genauer Kalkulation hat der Hohenwälder Weber bei 14 Stunden Arbeit verdient: 1904: 2,02, 1905: 2,88 M. Dagegen hat der Fabrikant erspart durch den elektrischen Antrieb — unter Zugrundelegung der drei Beispiele — 384,50, 141,76 und 96,08 M. Die Fabrikinspektion betont recht vielgehend: „Von einem erheblichen Herausgehen der Verdienste, welche Webhauptung die Fabrikanten aufstellten, konnten wir uns trotz helken Bemühens nicht überzeugen.“

Im Anschluß daran wird — mit Recht — die Frage aufgeworfen, ob die niedrigen Arbeitslöhne in der Lage des Seidenbandwebes ihre Erklärung finden? Zumal beim elektrischen Antrieb der geringere Muskelverbrauch durch die stärkere geistige Anstrengung aufgewogen wird. Die gestellte Frage wird von Herrn A. und hingewiesen auf die deutsche Seidenbandindustrie im badischen Lande, wo ebenfalls elektrischer Antrieb für die Stühle benutzt wird. Dort wird bei 14 Stunden Arbeit ein Stundenlohn von 46,8 Pfg. erreicht; dazu Maximalarbeitslohn und Mindestlohn. In Hohenwäld ist höchster Stundenverdienst 17 Pfg. Nachfolgende Bissen sind wert, gegen einander gestellt zu werden:

Für 150 Meter Seidenband werden gezahlt:

Müller Auf dem Hohenwald	Im Vergleich	Mehr im Vergleich	80,0 Proz.
I. 8,56 Wk.	12,85 Wk.	42,9	
II. 6,44 "	8,58 "	23,0	
III. 4,57 "	7,72 "	68,0	
IV. 1,84 "	4,19 "	127,8	
V. 7,56 "	11,85 "	56,7	
VI. 8,72 "	15,84 "	81,0	
VII. 0,64 "	0,99 "	54,0	
VIII. 0,56 "	0,90 "	70,8	
IX. 0,76 "	0,90 "	80,2	
X. 0,60 "	1,10 "	83,8	

Welches sind nun die Ursachen dieser großen Differenzen in den Lohnverhältnissen? Beste Organisation der Arbeiter und Unternehmer im Vergleich. Organisationslosigkeit der Hohenwälder Weber, Militärregiment der badischen Fabrikanten. Die weit von einander liegenden Weberhöfe und der Umstand, daß viele Weber noch etwas Landwirtschaft betreiben, spielt bei der Begründung dieser Unterschiede natürlich keine kleine Rolle. Was die farge Furchen nicht bringt, muß der Diebstahl schaffen. Beides zusammen trägt nicht viel, Knapp nur des Lebensbedarfs auf der eigenen Scholle, die dem häuerlichen Weber eine Verdienste versagt, ihm lediglich Arbeitgelegenheit bietet, eine Werkstätte unter freiem Himmel.

Also bleibt nur noch übrig: die Organisation. Die bisherigen Versuche, die Hohenwälder Weber für einen Zusammenschluß zu gewinnen, sind ergebnislos verlaufen, sagt die Fabrikinspektion. Die schon erwähnte Lohnliste hat ihn zwar zum Vergleich gereizt, vermochte aber nicht, den Hohenwälder aus seiner Isolation aufzurütteln. Es darf auch nicht unerwähnt bleiben der maßlose Terrorismus der Fabrikanten. Machen die Weber Versuche, ihre Lage zu verbessern, erklären die Unternehmer: Wir ziehen die Stühle zurück! Man will unter allen Umständen ein Einbringen in die Lohnverhältnisse ihrer Arbeiter verhindern. Auf die Dauer wird das nicht gelingen, zumal schon Organisationsbestrebungen von Lörrach aus im Gange sind.

Im zweiten und letzten Artikel wollen wir kurz die übrigen Branchen einer Betrachtung unterziehen. A. W.

Maulathleten.

Man schreibt uns:

Die Macher der christlichen Gewerkschaftsbewegung nehmen heute den Mund voller denn je zuvor. Der glorreiche „Siege“ bei den Reichstagswahlen soll ausgenutzt werden; alle Welt soll erfahren, daß „lieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ in den neuen Reichstag eingezogen sind. Die christliche Presse wimmelt von Siegesartikeln und alleenthalben sucht man in christlichen Versammlungen im Männer und im Mädchener Gebiet den angeblich so großen Erfolg der Christlichen Gewerkschaftsbewegung anzuknüpfen. Die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ läßt die Rede aus dem Saal springen in einem bombastischen Artikel, der überschrieben ist: „Was nun?“ „Nun wohl, was nun?“ Marktschreierisch wird der Welt verkündet, lieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung seien in den neuen Reichstag eingezogen, die mit den freien Gewerkschaften in den Wahlkampf gegangene Sozialdemokratie habe eine „gewaltige Niederlage“ erlitten.

Sehen wir uns nun einmal die „Sieben“ etwas genauer an, so finden wir darunter auch den Antisemiten Schaf, einen „Volksvertreter“, welcher im alten Reichstag sogar das geplante Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaften und Gewerksvereine verweigerte! Also das ist ein christlich-nationaler Arbeitervertreter? Nun, dann sind Schwarz und der Dreifachradler auch Arbeitervertreter. Wie sagte doch Kaiser Friedrich? Er sagte: „Der Antisemitismus ist die Schmach des Jahrhunderts“. Von den „neuen Männern“ unter den Sieben ist Herr Schürmer, als bayerischer Zentrumsgewerkschafter für den Landtag dadurch bekannt, daß er gegen den Reichstagsbescheid der bayerischen Verleiher gestimmt hat! Welche „sozialpolitischen“ Verdienste Herr Wecker (W.-Glabdacher) und Herr Franz Wehrens sich um die Arbeiterwelt erworben haben, ist zwar nicht bekannt, aber der christliche Textilarbeiter führt auch diese beiden als große Reutchen an. Herr Schiffer, Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes und des „Gesamtausschusses der christlichen Gewerkschaften“ ist bekannt geworden durch seinen überabfälligen Ausspruch: „Wie haben erkannt, daß diejenigen, die das Geld in Händen haben, auf Christentum und Religion pflegen!“ Und dieser Heberadikalität wirkt in seinem Munde den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ — Heberadikalismus vor. Und nun Herr Wiederberg, der Vorsitzende des christlichen Bauarbeiterverbandes. Er verdammt seine Wahl im Saal-Saal nur dem direkten Eintreten der Sozialdemokraten für ihn. Wären sich die Sozialdemokraten auch nur ihrer Stimme enthalten, hätte Herr Wiederberg durchgefallen. Betrachtet man die tatsächlichen Erfolge der Zentrumspartei, für die fast ohne Ausnahme die christlichen Gewerkschaftsführer agitierten, in den großen Industriegebieten, dann findet man, daß diese Partei, trotz ihrer Waise von Agitatoren doch nicht so glänzend abgeschnitten hat, wie angeführt wird. In W. in Dortmund, Bochum und Duisburg sind die vom Zentrum aufgestellten Gewerksvereine nicht einmal in die Stichwahl gekommen. In dem schlesischen Industriegebiet verlor das Zentrum über 60 000 Stimmen. Sieht man also die Wahlergebnisse genauer an, so stellt sich heraus, daß die Partei der „christlich-nationalen“ Gewerkschaftsführer in den hauptsächlichsten Bergwerks- und Güttenbezirken überraschende Mißerfolge gehabt hat.

Nun fühlt sich die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ bewogen, die praktische Führerarbeit der Gewerkschaftsarbeit als nachahmenswert für den Geschäftsbereich zu preisen. Der fragen wir die reklamistischen W.-Glabdacher und Düsseldorfser: Was haben denn die „christlich-nationalen“ Gewerksvereine originelles, musterhaftes geleistet? Und die Antwort muß lauten: Alles, was die „Christlich-nationalen“ als praktische Gewerkschaftsarbeit von sich preisen, haben sie den freien Gewerkschaften nachgemacht! Die überlegene Streiktaktik, der Abschuß von Tarifen, die Auszahlung von Arbeitslosen, Wander-, Kranken-, Jubiläen-, Anzugs-, Hinterbliebenen-Unterstützung usw., alles das verankert seine Einführung nicht den „Christlich-nationalen“, sondern die freien Gewerkschaften sind die Bahndreher. Dies muß zur Steuer der Wahrheit unbedingt festgestellt werden.

Was nun? — fragt die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ und erklärt in der Beantwortung dieser Frage, daß für die Arbeiter als nächstliegende gefordert werden müsse: 1. Verbesserung des Vereins- und Versammlungswesens; 2. Einbuß der Vereinsfreiheit durch Veränderung des § 158. 2. Reichsgesetz über Berufsvereine, aber nicht in einengender Weise, wie der letzte Regierungsentwurf. 3. Arbeitskammern. 4. Reichstagsbescheid für Textilarbeiter usw. Weiß denn aber die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ nicht, daß von allen Reichstagsparteiern nur die Sozialdemokratische geschlossen schon seit Jahrzehnten die von ihr als dringend bezeichneten Arbeiterforderungen erhoben und begründet hat! Und haben nicht die Parteien, die den „Christlich-nationalen“ einige Siege gönndigt „überlassen“ haben, nicht besonders das Zentrum, gegen diese Forderungen von sozialdemokratischer Seite gestimmt? Das muß die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ auch wissen, andernfalls beweisen wir sie auf die allernächsten stenographischen Berichte des Reichstages.

Zum Schluß bringen wir noch einige Urteile von Zentrumsblättern über die „Sieger“ vom 26. Januar. Ein „Vollstreckungsblatt“, eine „machtvollste Kraftprobe der christlich-nationalen Arbeiterkraft“ soll der 26. Januar gesehen haben. Auf die Maulathleten in der Gewerkschaftspressen geht das Effener

Zentrumsblatt, die „Vollstreckungsblatt“ vom 15. Februar, folgenden kalten Wasserstrahl:

„Gleich nach dem 18. Dezember tauchte die Nachricht auf, daß die Regierung im Falle eines Mißerfolges den Reichstag abermals und nochmals bis zur Erreichung des Zieles auflösen werde. Die Offiziösen gaben ein beschwichtigendes Dementi; aber der Eindrud der ersten Drohung blieb doch in manchem „ruhebedürftigen“ Gemüte haften. Es sind ja freilich nicht gerade die erleuchteten Köpfe und edelsten Charaktere, die sich von solchen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Aber wer hat denn überhaupt den Ausfall gegeben bei der Verschiebung von netto 86 Mandaten, über welche die Gouvernementsalton (Regierungsalton) ein Pfauenrad über das andere schlugen? Die unklaren Köpfe und die faulen Herzen, die man aus der Kumpelkammer der „Nichtwähler“ hervorgeholt hat.“

Nu noch! Die „Sieger“ vom 26. Januar, die der Arbeiterpartei 86 Mandate abnahmen, sind also nach dem Zeugnis der Effener Zentrumszeitung „unklare Köpfe“ und „faule Herzen“, die aus der „Kumpelkammer“ hervorgeholt wurden! Mit anderen Worten: Die Unvernunft hat über die Vernunft gesiegt. Damit ist kein Staat zu machen. Nun, die Vernunft wird schon noch kommen; mit „unklaren Köpfen“ und „faulen Herzen“ lassen sich wohl Augenblickefolge erzielen, aber der Rausch verfliegt und der Augenblicke folgt baldhin nach.

Des weiteren werden die christlichen Maulathleten, die den sozialdemokratischen Mandatsverlust als eine gewaltige Niederlage darzustellen versuchen, von ihren eigenen Freunden in geziemender Weise geohreigt. Wir sehen ganz davon ab, daß sich die Deutschen endlich freuen über die Verstärkung des arbeitserziehbaren Flügel des Reichstags und die Schwächung des absolut arbeitserfreundlichen, wir wollen heute nur darauf hinweisen, daß sich in den ernt zu nehmenden Zentrumsblättern die angeblide „gewaltige Niederlage“ merklich anders spiegelt, als in den linkssozialistischen Erzeugnissen der gejunghen, und temutislosen Zentrumsblätter, die sich christliche Arbeiterführer nennen. Es ist die „Germania“, das führende Zentrumsorgan, welches den christlichen Prahlhäusen in ihrer Nummer vom 3. März folgendermaßen in die Parade führt:

„Die Statistik sagt, daß sie (die Sozialdemokraten) gegen die Wahl von 1903 über eine Viertelmillion Stimmen mehr erhalten haben. Und die Wähler, die diese Stimmen abgaben, waren so ziemlich alle wirkliche Sozialdemokraten oder wollen es wenigstens sein. Im Jahre 1903 dagegen wurden zahlreiche sozialdemokratische Stimmen von sogenannten Mitläufern abgeben, die ihrer Unzufriedenheit damit Ausdruck geben wollten, so namentlich in Sachsen, wo der wild gewordene Philister seinen Fuß gegen die „Geldlosen“ durch Abgabe eines roten Stimmzettels gläubig betätigen mußte. Da diesmal amlich die Parole ausgegeben war: „Gegen das Zentrum“ stimmten diese Leute nicht für die als Bundesgenossen des Zentrums bezeichneten Sozialdemokraten, sondern für die „nationalen“ Parteien. Was die Sozialdemokraten so auf der einen Seite an Stimmen verloren haben, haben sie auf der anderen durch Stimmengewinn reichlich wieder eingeholt. Der ganze Sieg über die Sozialdemokratie besteht darin, daß man ihnen drei Dutzend Mandate abnahm mit Hilfe der Leute, die früher nicht gewöhnt hatten oder Mitläufer der Sozialdemokratie gewesen waren. Das war kein Feldzug. Die Sozialdemokraten selbst haben vor der Wahl eine Statistik veröffentlicht, wonach sie im Jahre 1903 nur in etwa einem Dutzend Wahlkreise die Mehrheit der Wahlberechtigten auf ihrer Seite gehabt hätten, das Mandat also verloren war, wenn die Gegner sich nur zum Wählen bequamen. Durch die Parole: „Gegen das Zentrum und die Ultrarationalen“ hat man die träge Masse mobil gemacht und so den Sozialdemokraten die unphären Mandate entziffen. Von einem Siege über die Sozialdemokraten, von ihrer Vernichtung könnte man dann reden, wenn man ihnen die Wähler genommen hätte. Gätten sie eine Viertelmillion Stimmen weniger erhalten hätte, hätten sie Mandate verloren, weil die Wählermassen von ihnen abgefallen waren, wie sie seinerzeit zu Hundertausenden von den Nationalliberalen abfielen, dann dürfte man sich des Erfolges über sie rühmen und das Beste von der Zukunft hoffen. Aber die Freude über den Mandatsverlust bei gleichzeitigen Stimmengewinn ist ebenso kindisch, wie die Freude des Mannes, der das Barometer zerbricht und sich nun einbildet, er habe dem schlechten Wetter ein Ende gemacht.“

Der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem christlichen „Zentrumsblatt“, misamt allen übrigen christlichen Prahlhäusen empfehlen wir angelegentlich, sich diese vernünftige Darlegung des führenden Zentrumsblattes zu Gemüte zu führen. Wenn die Heiden noch Empfindung für moralische Diefelgen haben, werden sie darob nachhaltiges Zerknen verspüren.

Ein wertvolles Urteil über die Kulturarbeit der Gewerkschaften.

Während die ausdeutenden Strauchritter des Industriekapitals im Hinterhalt lauern, um den glänzigen Augenblick abzuwarten, in dem sie der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands die ihr schon lange zugehörte ibleiche Verleugung beibringen können, mehen sich in erfreulicher Weise auf der anderen Seite die Stimmen, welche den hohen Kulturwert der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit lobend zur Anerkennung bringen.

Zeit ist es der Bericht der württembergischen Gewerbeinspektion, welcher in unerschöner Weise hervorhebt, daß die Gewerkschaften im allgemeinen eine sehr segensreiche Tätigkeit entfalten, eine Tätigkeit, durch welche die Leistungsfähigkeit der Arbeiter gehoben werde und welche es verdient, daß ihr die Unternehmer ein ganz anderes Verständnis entgegen brächten als wie bisher. Der Bericht sagt:

„Die zähe Anhänglichkeit der Arbeiter an ihre Gewerkschaftsorganisation beruht auf der durch eine lange Reihe von Tatsachen erzeugten Überzeugung, daß bei der heutigen Konzentration der wirtschaftlichen Machtmittel die Gewerkschaft allein noch imstande sei, den Arbeiter vor einer zu weit gehenden sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu schützen. Die Leistungen, welche die Gewerkschaften den Arbeitern zu bieten bestrebt sind, sind sehr vielseitig, zunächst auf geistig-sittlichen Gebiet: Schaffung und Erweiterung von Bildungsgelegenheiten durch Arbeiterbibliotheken, Arbeiterlesesäle, Vorträge über allgemein bildende Gegenstände, Praktische zur beruflichen Weiterbildung, Ausgleitung der Fehler einer vernünftigen Heilungsbildung; sodann in wirtschaftlicher Hinsicht: Verbesserung und Sicherung der Lohnverhältnisse durch Abschluß fester Tarifverträge, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, wenn sie infolge von Konjunkturveränderungen oder technischen Umwälzungen, sowie bei Streiks und Aussperrungen eintritt, unentgeltliche Beratung durch die Arbeitersekretariate und kostenlose Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt, Gründung von Konsumvereinen zur Verbilligung des Einkaufs, gegen die Verhinderung von Preisaufschlägen (letzteres wurde z. B. in Württemberg 1902 und 1905 und auch anderwärts schon erzielt). Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Durchführung der sozialen Gesetzgebung wird durch die gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter vorantgetrieben und gefördert und in den Vorständen der Krankenkassen, in den Schlichterämtern, in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten sitzen organisierte Arbeiter, deren

Sachkenntnis den Verhandlungen wesentlich zusetzen kommt, wie umgekehrt auch sie selbst in sachlicher Behandlung der einschlägigen Fragen sich betätigen und dadurch lernen können. Der erzieherische und bildende Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter wurde von den Unternehmern vielfach übersehen oder nicht zu gestanden, obwohl gerade diese Seite der gewerkschaftlichen Tätigkeit, durch welche die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter sehr gehoben und gefördert wird, auch den Unternehmern selbst zugute kommt.“

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist natürlich über diesen Bericht ganz und gar nicht erbaut. Sie, der es berufsmäßig obliegt, die Arbeiterbewegung fortwährend mit Stinkbomben zu bewerfen, empfindet wohl selbst, daß ihr hier der verzapfte Unrat in wohlverdienter Weise auf die Ohren verschlagen wird.

Das hält das Unternehmertum aber nicht im geringsten ab, den Mund von neuem recht vollzunehmen. Sie nennt die Gewerbeinspektoren gewerkschaftliche Agenten, welche der gewerkschaftlichen Agitation nur Wasser auf die Mühle geliefert hätten. Die „Arbeiter-Zeitung“ spielt dabei auf die von den Scharfmachern gezielten gelben Streikbrecher-Gewerkschaften an und sagt:

„Gewerkschaften und Gewerkschaften sind doch wohl ein großer Unterschied! Wir sind die letzten, die es abtugnen wollen, daß gewisse Gewerkschaften nicht allein für die in ihnen organisierten Arbeiter, sondern auch für die Erhaltung des sozialen Friedens und für die Herstellung erspriehlicher und fruchtbarer Verhältnisse einen durchaus wohlthätigen Einfluß gewonnen haben. Aber wir kennen leider eine große Anzahl anderer Gewerkschaften, von denen das Gegenteil gilt und auf die sich keine einzige der Lobpreisungen des württembergischen Berichtes anwenden läßt.“

Unter diesen „gewissen“ Gewerkschaften sind offenbar die „Gelben“ gemeint; nur ist dieser Name in Deutschland bereits veraltet, daß sich wohl selbst die „Arbeiter-Zeitung“ zu scheuen scheint, ihn auszusprechen. Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ meint, daß die Streikbrechertätigkeit der „Gelben“ für die Erhaltung des sozialen Friedens einen durchaus wohlthätigen Einfluß ausübt habe, so werden sie die Dinge, die da kommen werden, gar bald eines anderen belehren.

Eine arge Ueberhebung aber ist es, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ zum Schluß folgende Anempfehlung der württembergischen Gewerbeinspektoren unternimmt:

„In Einsicht hierauf aber möchten wir den Verfassern des obigen Berichtes anraten, sich die Welt doch etwas genauer anzusehen, bevor sie Neffenanartikel für das Gewerkschaftswesen schreiben und dazu beitragen, die schon reichlich vorhandene Kerkwirrung in den Kreisen der Arbeiter zu vermehren!“

Die Beamten der württembergischen Fabrikinspektion, die täglich mit den Arbeitern zusammenkommen, ihre Beschwerden prüfen und die Wirkungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit an Ort und Stelle beobachten können, werden wohl weit eher in der Lage sein, ein objektives Urteil über die Tätigkeit der Gewerkschaften abzugeben, als wie die Tintendrüsen der „Arbeiter-Zeitung“, welche die ganze Gewerkschaftsbewegung nur durch die Brille und mit den Scheuklappen der Scharfmacher betrachten.

Zur Kampftaktik.

Die in Nr. 4 empfohlene Kampftaktik wird von vielen Kollegen und Kolleginnen nicht mit Aufmerksamkeitsverfolg verfolgt worden sein. Von den Kollegen deshalb nicht vollständig, weil in den Tagen, wo die betreffende Nummer verbreitet wurde, die Wahl-schlacht vollzogen wurde, und deshalb viele, auch leitende Kollegen, sofort an die Arbeit gehen mußten, um in die Stichwahl-schlacht einzurücken. Von den Kolleginnen erhalten viele an Stelle des „Textilarbeiters“ die „Gleichheit“, und viele von denen, die den „Textilarbeiter“ bekommen, lesen denselben nur teilweise oder auch gar nicht. Auch wird verschiedenes von denen, die jenen Artikel gelesen haben, der Inhalt desselben noch schwer verständlich und begrifflich sein. Um eine betriebs Kampftaktik, welche ja nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist, in Wirklichkeit anzuhängen, dazu gehört unbedingt eine größere Schulung unserer Mitglieder. Obwohl über die Art der Agitation schon sehr viel geschrieben und gesprochen worden ist, so kann und darf nicht unterlassen werden, immer wieder auf dieselbe zurückzukommen, denn unentwegte Agitation ist die Schule.

Nun die Frage: Mit welcher Art von Agitation können die Mitglieder am besten erzogen werden? Sehr viele Orte hatten wohl aller 14 Tage Mitglieder-Verfassungen ab, andere aller vier Wochen, aber diese dienen sehr selten zur Aufklärung, meistens sind dieselben persönlicher Natur und enden vielfach mit Streitigkeiten, wenn z. B. eine Frage aufgeworfen wird, die zuletzt keiner von den Anwesenden richtig beantworten kann. Die Folge davon ist, daß derartige Versammlungen nach und nach an Besuch zu wünschen übrig lassen. Obwohl auch von halbjähr zu halbjähr oder aber in kürzeren Zeiträumen einmal eine aufklärende wirkende öffentliche Versammlung abgehalten wird, so ist mit derselben doch noch nicht alles getan. Gewiß müssen Mitglieder, sowie öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Aber die beste Agitation ist die Abhaltung von Betriebsbesprechungen und Arbeiterausführungen und Vertrauensmännerversammlungen. Natürlich dürfen letztere nicht nur abgehalten werden, wenn in diesem oder jenem Betriebe etwas Besonderes vorgekommen ist oder eine Lohnbewegung in Aussicht genommen wird, sondern sie müssen auch ohne eine solche Grundursache ab und zu abgehalten werden. Selbstverständlich ist es dann notwendig, über die verschiedenen wirtschaftlichen Fragen Aufklärung zu verbreiten. Wenngleich nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen den in Frage kommenden Betrieben erscheinen können, so ist aber doch für die Anwesenden wieder neuer Agitationsstoff geschaffen worden und wird von diesen weiter verbreitet, wohergegen, wenn solche Versammlungen nicht des öfteren stattfinden, die wirtschaftliche Frage nur selten von den Arbeitern im Betriebe unter einander berührt wird.

Verschiedene Leser und Leserinnen dieser Zeilen werden sagen: Das ist richtig. Wo aber in allen Orten die Referenten zu diesen Besprechungen hernehmen, welche derartige Vorträge halten können? In vielen Orten haben wir Kollegen, welche wohl dazu begabt wären, aber es fehlt ihnen zum Teil das dazu nötige Material. Es wäre vielleicht keine Geldverschwendung, wenn von Seiten der Zentralkommission derjenigen Kollegen sowie Kolleginnen, welche die Beschäftigung dazu besitzen und den guten Willen dazu haben, hierzu Material unentgeltlich geliefert würde.

Richtiger ist natürlich, daß, wenn in einer Betriebsversammlung keine richtige Zeitung zu haben ist, dieselbe unterbleibt, denn verschiedene Erfahrungen haben schon gelehrt, daß das Gegenteil von dem erreicht wurde, was der eigentliche Zweck sein sollte. Vielfach wird in manchen Orten der Fehler begangen, daß, wenn ein Kollege einen vorgeschobenen Posten 1 bis 2 Jahre, wohlgerne auch zur Zufriedenheit, verwaltet hat, abgetan wird mit einer Begründung, die eben sehr falsch ist. Es heißt da z. B.: Wir wollen mal einen anderen wählen, damit sich mehrere in diesem Amte einrichten. Dieses ist insofern richtig, daß es sich eben nur einrichtet, aber die Agitation kann doch mindestens besser geleitet werden von dem, der schon eingerichtet ist. Daher immer Vorzicht!

Ferner ist es falsch, wenn manche Kollegen noch Gegner davon sind, daß mehrere Ortschaften zusammen vereinigt und ein Vertrauensbeamter eingesetzt wird, der geschäftliche und agitatorische Angelegenheiten zu regeln hat. Den Gausleitern ist es nicht möglich, an allen Orten und Enden ihres Bezirkes Betriebsbesprechungen zu halten, denn dieselben haben dazu keine Zeit. Daß den Unternehmern die Gewerkschaftsbeamten nicht in den Arm passen, erklärt sich daraus, daß die Arbeiterkraft durch diese Organisationsleiter aufgefressen wird. Besonders jetzt, wo sich überall in ganz Deutschland die gelbe Gesellschaft einnistet, ist die agitatorische Kleinarbeit sehr notwendig. Ferner ist zunächst anzudeuten, daß die Arbeiterkraft erst über die wirtschaftlichen Fragen und den Wert und Nutzen der Organi-

fation, die inneren Einrichtungen derselben vollständig aufgeföhrt wird. Erst wenn das Geschehen ist, kann wohl die Frage der Streik- taktik einer näheren Erörterung unterzogen werden.

Daher der Zuwachs von Mitgliedern, den wir jetzt allmöhlich zu verzeichnen haben, auch einer guten Erziehung bedarf, ist doch gewiß jedem klar. Und zu ihrer Erziehung reicht das Fachblatt, welches wohl jetzt in aufblühender und belehrender Beziehung nichts zu wünschen übrig läßt, immer noch nicht ganz aus.

Mithin kann das ganze Geheimnis der Unternehmer betreffs Anstellung von Gewerkschaftsbeamten die Arbeitererschaft nicht mehr zurückhalten, überall dort, wo Textilarbeiter in einer größeren Anzahl vorhanden sind, auch dieselben als gute, geschulte Kampfes- truppen erziehen zu lassen. Denn mit einer verständigen Waffe wird man leichter Zukunftspläne schmieden und damit die Kapital- macht brechen können.

Josef Pokorny-Elheim.

Bericht von der Gaukonferenz des Gaues Rechtsrheinland, Westfalen und Groß- herzogtum Hessen.

Die Konferenz fand am 24. März im „Gewerkschaftshaus“ zu Mühlheim a. Rh. statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts- und Stellenbericht des Gauvorstandes; 2. Anträge der Filialen an die Gauverwaltung; 3. Agitation und Organisation innerhalb des Gaues; 4. Wahl des Gauleiters und Gauleiters. Eingeleitet wurde die Konferenz durch einen Begrüßungsschreiben des Arbeitervereins „Hoffnung“. Alsdann eröffnete der Gauvorsitzende, Kollege Kohnen (Eberfeld) die Verhandlungen. Ins Bureau wurden gewählt: Jürges (Wormen) als 2. Vorsitzender und die Kollegen Zrippe (Saan), Kunge (Wormen) und Wepeler (Wied) als Schriftführer. Die Präsenzliste ergab die Vertretung von 37 Filialen durch 87 Delegierte; nur die Filiale Offenbach a. Rh. war nicht vertreten. Außerdem waren anwesend: Kollege Jäckel vom Zentral- vorstand, sowie außer dem Gauleiter drei Vertreter des Gauvor- standes.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Steinbrink den Geschäftsbericht, welcher auch gedruckt vorlag. Dem- selben ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre auf Rechnung der Gaukasse 887 Agitationssammlungen stattgefunden haben. Ver- bindungen von Filialen konnten an sieben Orten vorgenommen werden; außerdem wird es in nächster Zukunft gelingen, an fünf weiteren Orten Fuß zu fassen. Die größte Schwierigkeit, die sich uns in der Agitation an vielen Orten entgegenstellte, war der Mangel an Versammlungsorten. Polizei und Gendarmerie arbeiten hart in Hand, um uns die Lokale abzutreiben. So steht uns bei mehreren Filialen des Rheinlandes nur ein einziger Ort ein- mal zur Verfügung. An politischen Schlägen fehlte es auch nicht. So wurden z. B. an 4 Orten Parteipredigten mit politis- chem Bezug gehalten und sämtliche Teilnehmer protokolliert. Nichts- destoweniger hat sich der Verband auch hier gut entwickelt. Die Zahl der Mitglieder ist im Berichtsjahre um 1584 gestiegen. Vom Quartale 1906 bis 4. Quartale 1908 ist eine Zunahme von 2260 Mitgliedern zu verzeichnen.

Die Lohnbewegungen standen unter dem Zeichen der Hoch- konjunktur und waren sehr lebhaft. Es haben in 20 Orten 14 Lohn- bewegungen ohne Arbeitsüberlegung und in 7 Orten 14 Lohn- bewegungen mit Arbeitsüberlegung stattgefunden. Die Lohn- bewegungen ohne Arbeitsüberlegung hatten sämtlich Erfolg. Lediglich die Streiks; hier mußten zwei davon wegen Unsicher- heit aufgegeben werden.

Im übrigen — bemerkte Steinbrink — hatte ich in der ersten Hälfte des Berichtsjahres viel Arbeit, um das Vertrauen der Mit- glieder zu unserer Sache, welches durch die Vorgänge, die sich vor einem Monatsantritt in unserem Gau abgespielt hatten, stark er- schwert war, zurück zu gewinnen. Ebenfalls hatten wir an vielen Orten die Verbindungen verloren. Diese Mißstände wurden glück- lich überwunden, und so konnten wir im 2. Halbjahre kräftig mit der Agitation einsehen, die denn auch gute Früchte brachte. Wenn wir nicht mehr erreichen, so lag das vielfach an der fehlenden Disziplin der Ortsvereine. Besonders nachlässig war man in der Ausführung der Fragebogen. Die Kollegen vergaßen hierbei, daß e Statistiken eine sehr gute Werkkraft enthält und auch die Fluktua- tion der Mitglieder hemmt. Wir müssen den Mitgliedern den Wert, der durch die Organisation herausgeholt wurde, vor Augen führen können. Genauestens wird nach dieser Richtung hin in Zukunft eine Besserung eintreten. Sodann geht der Redner kurz auf die neuen Einrichtungen in unserem Verbande ein und wünscht, es mehr wie bisher die Agitation für die höheren Verbandsklassen treiber: erde. Er schließt mit dem Wunsch, die Kollegen möchten e Gauverwaltung auch fernerhin treu unterstützen, dann habe er e Hoffnung, daß man im nächsten Bericht die besten Erfolge zu- zeichnen haben werde.

Den Klassenbericht gab der Gauassessor Kollege Alhmer (Wormen). Die Einnahme betrug 6810,80 Mk., die Ausgabe 60,08 Mk., mithin bleibt ein Kassensaldo von 1810,31 Mk. (Mühlheim) berichtete als Kassier, daß Bücher und Belege s Gauassessors in bester Ordnung befanden wurden, und wird sichben einstimmig Bedache erteilt.

In der Diskussion nimmt zunächst das Wort Grages (Eberfeld), der die Klassenabrechnung etwas spezialis- ter wünschte.

Schäfer (Wormen) hält die Fortschritte im Gau im Ver- hältnis zur Zahl der im Gau beschäftigten Textilarbeiter für gering; vertritt die Ansicht, daß man in der näheren Umgebung des Gaues mehr agitieren sollte, dann würde man auch bessere Erfolge verzeichnen haben.

Lin (Weil) wünscht, die Kollegen der einzelnen Orte sollen a Gauleiter mehr zur Agitation herangehen und denselben m auch mehr unterstützen.

Mühner (Wormen) erklärt sich bereit, auf Verlangen jedem i Spezialisierte Abrechnung zu zeigen.

Doch ist mit den Arbeiten des Gauvorstandes und des Gau- leiters gut zufrieden.

Strippel (Saan) Auch wir sind mit den Arbeiten der Gau- verwaltung zufrieden. Wünschenswert wäre die Verknüpfung der inneren Filialen mit den größeren. Dadurch würden die kleineren Filialen besser unterstützt werden.

Kasrup (Eberfeld): Mit den Arbeiten der Gauverwaltung b wie im allgemeinen zufrieden, doch darf die Tätigkeit der- selben nicht durch Kurzsichtigkeit getrübt werden. Im übrigen wünscht der Redner mehr kritische Erhebungen im Gau.

Grages (Eberfeld) hält es im Gegensatz zu Schäfer für- fer, wenn der Gauleiter häufig im Münsterlande arbeite. Im- rigen macht er der Gauverwaltung den Vorwurf, daß sie nicht- ügend Agitation unter den Arbeiterinnen betreibt.

Schlingens (Niederrhein): Ehe man Kritik an der Gau- verwaltung übe, solle man bessere Disziplin in die Verwaltungen e einzelnen Filialen bringen; es werde dann auch dem Wunsch e einer besseren Statistik mehr Rechnung getragen werden können.

Geerbaart (Rheine): Wir sind mit den Arbeiten des Gau- leiters gut zufrieden. Das taktisch kluge Eingreifen desselben hat s im vorigen Jahre den Bestandenlag gebracht.

Sattler (Mühlheim a. Rh.): Der Gauleiter hat sich hier i bemüht und trotzdem haben wir Mitglieder verloren. Es lag s aber an einzelnen Personen.

Schäfer (Wormen): Die Kritik, die ich übe, sollte kein Vor- wert für die Verwaltung sein, sondern ich wollte damit nur das- sie des Verbandes.

Steinbrink: Der Gauvorstand ist nicht nach Mühlheim ge- kommen um Lob, sondern um Anregung zu holen. Wenn aber- schäfer meint, hier in nächster Umgebung sei leicht zu arbeiten, tzt er. Redner weist dieses an einigen Beispielen nach. Mit

Grages bin ich einverstanden, wenn er mehr Agitation unter den Arbeiterinnen wünscht. Den Vorwurf, den er gegen uns erhebt, nicht ich aber zurückweisen, denn ich habe ihn als Vorstehenden der Filiale Eberfeld mehrmals geübt. Versammlungen zu a rrangieren, die Referentin wollten wir stellen, er hat es aber nicht gemacht.

Lin (Weil): Das Fehlen der Lokale ist schuld daran, daß wir nicht vorwärts kommen. Der christliche Verband stellt, wo nur möglich, Personen an oder entschädigt die in der Agitation stehenden Leute. Wir müßten es auch so machen.

Salbach (Ronsdorf): Der Idealismus der schlecht entlohn- ten Arbeiter ist besser als derjenige der gut entlohn- ten, das sehe man an der Beitragszahlung. Hier sollten die großen Filialen den kleinen mit gutem Beispiel vorangehen.

Kloppelich (Düsseldorf): Auch hier geht die Organisation nur langsam vorwärts. Das liegt hauptsächlich an der Bedürfnis- losigkeit der hiesigen Textilarbeiter. Die Löhne der Arbeiterinnen sind gegen früher noch zurückgegangen.

Geerbaart (Rheine) erhofft von der Anstellung eines Beamten für Westfalen einen höheren Erfolg für den Verband.

Walter (Wormen): In Wormen konnten wir vor Jahr drei Jahren noch keine Organisation, heute hat der christliche Verband schon einige tausend Mitglieder. Wir müßten noch stärker agi- tieren, dann würden wir auch vorwärts kommen.

Jäckel (Weil): Die heutigen Verhandlungen haben wieder gezeigt, daß wir im Rheinland nur langsam vorwärts kommen. Redner wirft einen Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewe- gung im rheinischen Bezirk und zeigt daran, wie politische Maß- nahmen, insbesondere der Kulturkampf des Fürsten Bismarck, eine Zerspaltung der Arbeitererschaft herbeiführte. Im übrigen geht Redner auf die Ausführungen der Kollegen ein und sagt, daß der Hauptvorwand nicht allen Wünschen nach Anstellung von Beamten Rechnung tragen könne. Die Kollegen müßten mehr Wert auf den inneren Ausbau der Organisation in ihren Filialen legen. Zum Schluß polemisiert er gegen das unredelmäßige Einschreiten der Polizei, wogegen er aufs schärfste protestiert. Er ermahnt die Kol- legen, im Wiederholungsfall des Material zu sammeln, damit auf der nächsten Konferenz an maßgebender Stelle Protest eingereicht werden könne. Redner schließt mit den Worten: Die größten Schwierigkeiten hat die deutsche Arbeiterbewegung überwunden, auch hier werden wir trotz aller Schikanierungen seitens unserer Gegner vorwärts schreiten und dahin kommen, daß der hiesige Gau sich den übrigen Gauen Deutschlands in der Arbeiterbewegung würdig zur Seite stellen kann.

Die Konferenz beschäftigt sich sodann mit den Anträgen der Filialen.

Der Antrag Ronsdorf wird dahin erledigt, daß jähr- lich in den einzelnen Bezirken eine Konferenz der Vorstehenden bzw. Bevollmächtigten der Filialen und Beisitzer stattfinden soll.

Der Antrag Wormen wird zugunsten eines Antrages des Kollegen Lin zurückgezogen. Der Antrag Lin lautet: „Es ist eine vierjährliche Statistik über die Mitgliederzahl und Beitragszahlung und eine jährliche Statistik über Lohnbewe- gungen im Gau einzuführen.“

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Dann wurde noch ein Antrag Wormens angenommen: „Für die Agitation in Durscheid und Hilten ist eine Vergütung zu gewähren.“

Die übrigen Anträge wurden teils abgelehnt, teils dem Vorstand überwiesen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung meint der Vorsitzende, da man mit den Arbeiten des Gauleiters einverstanden sei, ist es wohl selbst- verständlich, daß man denselben auch behalten wolle. (Allgemeine Zustimmung.)

Der Gauleit wurde nach lebhafter Debatte mit 22 gegen 14 Stimmen nach Düsseldorf verlegt.

Steinbrink war die Tagesordnung erschöpft. Mit einem drei- fachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Konferenz. Wilhelm Jürges.

Das Wohnungs- und sonstige Elend der Textilarbeiterschaft in Marfisch.

Welch beispielloses Elend unter der Textilarbeiterschaft des kleinen elässischen Grenzstädtchens Marfisch herrscht, davon konnte sich eine Kommission überzeugen, welche den Auftrag hatte, die von der Polizei aufgenommenen schlechten Wohnungen zu besichtigen. Die Wohnungen, die bei dieser Besichtigung angetroffen wurden, spotten jeder Beschreibung. Am schlechtesten sind jedoch diejenigen der Witwe Triembach. In diesen Wohnungen ist seit Menschen- gebirnen nicht das geringste repariert worden. Die Fenster, Türen und Fußböden sind hier in ungläublich miserablen Zustande. Und doch müßten immer und immer wieder Familien Wohnung darin nehmen, da vor dem Bauen der Arbeiterwohnungen oft in der ganzen Stadt keine Arbeiterwohnung zu vermiethen war. Von den 8 oder 10 Wohnungen der Baracke der Witwe Triembach wären höchstens noch zwei zu reparieren, während die anderen gänzlich un- brauchbar sind. Es sind hier Dachwohnungen angetroffen worden, die gar kein direktes Licht von außen haben. In einem solchen Räume von ungefähr 12 Quadratmetern, der als Küche, Wohn- und Schlafzimmern dient, haust eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern. In einer anderen Dach- wohnung, bestehend aus zwei ganz kleinen Zimmern, die auch kein direktes Licht von außen hat, wohnen sieben Personen. Würde in diesem Gebäude ein Brand ausbrechen, wäre es diesen Familien gänzlich unmöglich, sich zu retten. Und dabei zahlen diese Leute für diese Höher einen enormen Pins. Hier, sowie in den Wohnungen eines anderen Viertels, die die Wohnungskommission auch in Augen- schein nahm, haben die Herren dieser Kommission Armut und Elend angetroffen, daß manchem von ihnen ganz unheimlich wurde und sie sich jedesfalls selbst fragen mußten. „...a so etwas in unserer Zeit noch möglich sein. In einem solchen Haushalte, wo fünf Kinder in einem Werte ohne Bettuch schlafen, sagte die Frau mit Tränen in den Augen, sie möchte auch gern ein anderes Logis haben, aber sie sei zu arm, um noch mehr Pins zahlen zu können. Hier stehen auch die für mehrere der Herren beherzigenswerten Worte eines Be- amten, der an der Kommission teilnahm: „Ja, ihr Herren, was will eine solche Familie mit einem Tagesverdienst von 2,50 Mk. bei solch teuren Zeiten eben auch anfangen?“ Und solche Familien stehen nicht vereinzelt da. Es gibt noch Fabriken in unserem Tale sowie in unserer Stadt, wo die Löhne noch viel niedriger sind, und wo nicht jeder erwachsene Arbeiter einen Tagesverdienst von 2,50 Mk. hat. Es gibt in Marfisch noch Betriebe, wo ältere Arbeiter mit einem Wochenlohn von 12,50 bis 14 Mk. abgepeist werden, während die Unternehmer Tausende und Abertausende von Mark in einem Jahre einsparen und mancher von ihnen an einem Tage mehr verprägt, als eine ihrer Arbeiterfamilien in einem Vierteljahr Einkommen hat. Aber das ist die göttliche Weltordnung. Erlaubt sich die Arbeitererschaft einmal in irgend einem Betriebe Forderungen auf eine kleine Lohnhöhung einzureichen, so wird sofort Peter und Morbio geschrien, und diejenigen Arbeiter, die für ihre Kollegen eintreten und nicht kurzerhand nachgeben, aufs Pfahler geworfen. So steht es nicht nur in Marfisch, sondern im ganzen Rheinland aus. Was neulich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Lamoite u. Co. in St. Kreuz auf einen Artikel, der sehr schlecht bezahlt ist, eine kleine Lohnzulage verlangten, wurden sie schroff abgewiesen. Und doch betrug der Durchschnittsverdienst von 80 Arbeitern und Arbeiterinnen in den letzten vier Wochen nur 12,88 Mk. pro Woche. Einen großen Teil Schuld an den niedrigen Lohnverhältnissen unseres Tales trägt jedoch die Arbeitererschaft selbst, indem sie der Organisation fernbleibt und dadurch nicht instande ist, sich bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse zu erringen: Arbeitet und Arbeitet- einnen, wollt ihr eure Lage verbessern, so wach auf aus eurem Winterdase, denn nur eure sträflische Gleichgültigkeit und eure

Lethargie sind schuld an diesen Mißständen. Tretet alle ein in den Deutschen Textilarbeiterverband, abonniert die „Freie Presse“, die unentwegt immer und immer wieder für das arbeitende und unter- drückte Volk eintritt, und seid eifrige Leser derselben. Dann werdet ihr auch gegen die oben angeführten Mißstände und Hungerlöhne energisch Front machen und dieselben beseitigen können. Denn ver- einzelt seid ihr nichts, vereint aber alles!

Vom Teilen.

Die Nähfabrik G. G. G. bei Augsburg erzielte im vergangenen Geschäftsjahre einen Reingewinn in Höhe von 600.000 Mk. Da in diesem Betriebe 600 Arbeiter beschäftigt sind, hat somit jeder Arbeiter fast 1073 Mk. Mehrwert geschaffen, während jeder Arbeiter durchschnittlich in der gleichen Zeit aber nur 700 Mk. Arbeitslohn bezog. Der größte Teil der Arbeiter besteht aus jugend- lichen (1 Mk. Tageslohn) und weiblichen Arbeitern (1,20 bis 1,50 Mk. Tageslohn).

Das ist die Teilung von heute. Im Staub des Fabriksaales und vor dem schmerzenden Rad der Spindel schafft der nimmermüde Proletarier, schafft sein wackendes Kind um lächelnden Lohn für das eigene Leben — um seinen Gewinn für seinen Herrn. Die Spinnerin hat am Wochenschluß für sich 8, 9, 10 Mk., für den Mann- lichen, der sie in Arbeit nahm, aber 12, 13, 15 Mk. verdient. Sie muß freitags auch bis zum Abend ausbleiben, meist reicht die schmale Mittagspause ja nicht einmal aus, um den Weg ins Heim einzu- schlagen, und bis der Abend sich niedersetzt, bleibt sie die Sklavin der Arbeit. Das sind die Proletariermädchen, die neben den Männern den Kapitalisten den goldenen Ueberflus mit ihren Händen, mit ihrem Blut schaffen. Das ist die Teilung, die heute vorgenommen wird an dem Produkt der Arbeitererschaft — 700 Mk. in die Tasche dessen, der arbeitet — ebensoviel, mehr, 900, 1000 Mk. in die große Tasche dessen, der die anderen für sich arbeiten läßt. Und das nennt sich „Ordnung“. Wer aber eine solche „Ordnung“ beseitigen, d. h. durch eine wirkliche Ordnung ersetzen will, wird als staatsfeindlich bezeichnet, weil der heutige Staat ein Feind wirk- licher Ordnung ist. Das soll aber alles in der Ordnung sein.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Bei der Firma Robert Esfert in Grimmitzschau sind die Differenzen beigelegt worden. Die Lohnhöhung wurde durchgesetzt, jedoch blieben zwei Arbeiter, welche schon vor Ablauf der Kündigungsfrist gemahregelt wurden, auf der Strecke. Da sich nur die Hälfte der in Frage kommenden Arbeiter an der Be- wegung beteiligte, so war es leider aussichtslos, auf der Ein- stellung der Gemahregelten zu beharren.

Nach dem neuen Lohnlarif ist der Stundenlohn erhöht, hin- gegen die Zahl der angerechneten Arbeitsstunden von 180 auf 124, also auf die wirklich geleistete Stundenzahl pro 14 Tage, herab- gemindert worden.

Die Löhne stellen sich nach dem neuen Tarif folgendermaßen zum alten Tarif:

	Vor der Bewegung mit 180 Stunden	Nach der Bewegung mit 124 Stunden
Für Drosslererin mit 1 Sortim., 4 Walzen	17 Pf. = 22,10 Mk.	19 Pf. = 23,56 Mk.
Für Drosslererin mit 2 Sortim., 3 Walzen	19 1/2 „ = 24,05 „	20 1/2 „ = 25,42 „
Für Drosslererin mit 2 Sortim., 4 Walzen	10 1/2 „ = 25,85 „	21 1/2 „ = 26,68 „
Auslegerin	16 „ = 20,80 „	17 1/2 „ = 21,70 „
Andreherin	15 „ = 19,50 „	17 „ = 21,08 „

Die beiden gemahregelten Kollegen sind Kuspiper, und da sie auf die schwarze Liste gesetzt worden sind, so werden die Kollegen und Kolleginnen ersucht, bei der Firma Esfert unter keinen Um- ständen als Kuspiper in Arbeit zu treten; wer dort in Arbeit tritt, wird als „Arbeitswilliger“ betrachtet.

Die Lohnbewegung in Kirzberg i. S. brachte den Arbeitern einen schönen Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, weil er ohne ersten Kampf erreicht wurde.

Die Löhne der Wochenarbeiter werden um 10 Proz. erhöht und die der Weber um 12 1/2 Proz., und zwar ist die Lohnzahlung so zu regeln, daß sie in allen Fabriken einheitlich ist. Weber 21 Jahre alte Arbeiter dürfen unter 15 Mk. nicht eingestellt werden. Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden. Mahregelungen dürfen nicht stattfinden. Zur Schlichtung entstehender Streitig- keiten ist ein von den Arbeitern gewählter Ausschuss anerkannt worden. Durch die Bestimmung der einheitlichen Lohnregelung in allen Betrieben ist ein Fortschritt dahin erzielt worden, daß diejenigen Firmen, welche bisher die niedrigsten Löhne zahlten, nunmehr so viel aufbessern müssen, daß die Löhne mit denjenigen in den anderen Fabriken gleichkommen. Damit diese Bestimmung auch allseitig eingehalten wird, ist dem Bürgermeister Dr. Reichardt die Lohnbücherkontrolle zugestanden worden. Die Arbeiter haben nun ebenfalls ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Ab- machungen eingehalten werden; hauptsächlich darauf, daß die niedrigen Löhne auf die entsprechende Höhe gebracht werden.

Weinertsdorf. Der Streik der Firma Drechsel u. Günther dauert unverändert fort.

Auch in der Baumwollspinnerei in Wilsau i. S. dauert der Streik noch unverändert an. Die Firma gibt sich zwar sehr viel Mühe, Streikbrecher anzuzwerben, aber es gelingt nichts.

Die Firma würde ihrem Unternehmen zweifellos mehr nützen, wenn sie den Streikbrecherhang an den Nagel fängen und den Wünschen der ausständigen Arbeiter entgegenkommen würde. Man sucht die Streikenden natürlich bei jeder Gelegenheit zu propagieren und scheut sich sogar nicht, mit dem Einschlagen der Köpfe zu drohen; aber auch diese Methode, die Streikenden ein- zuschüchtern, verfehlt vollständig ihren Zweck.

Zug von Spinnereiarbeitern ist aufs strengste fernzuhalten. In der Filzfabrik von Wehla u. Wehler in Vera haben heute sämtliche männliche Arbeiter, etwa 50, die Kündigung eingereicht. Sie hatten vor einigen Wochen in einer Eingabe an die Firma um 20 Proz. Lohnzulage gebeten. Die Firma erklärte damals, daß die Arbeiter einen Fabrikanschlag wählen sollten, mit diesem wollten sie dann einen Lohnvertrag abschließen. In- zwischen hat aber die Firma den Ausschuss beiseite geschoben und mit den Arbeitern und Arbeiterinnen je einzeln über Lohnzulage verhandelt. Sie hat nur 3 Proz. Zulage gewährt, aber nicht gleich- mäßig an alle Beschäftigten, sondern einzeln pro Woche 1 Mk., der Übergroßen Mehrheit aber nur 50 Pf. In 14 Tagen läuft die Kündigung ab. Der Geschäftsgang ist günstig und an Arbeitskräften ist kein Mangel.

In der Niederschleifischen Flachspinnerei in Dilsen dauert der Streik fort. Die 78 Spinnerinnen und 5 Arbeiter, welche aus- ständig sind, verlangen eine Lohnhöhung von 25 Proz.

Erneut vorgenommene Erhebungen über die Höhe des Lohnes haben ergeben, daß der Durchschnittslohn der 78 Spinnerinnen pro Tag und Arbeiterin 2 Mk. 17 1/2 Pf., mithin für 6 Arbeitstage 13,04 Mk. beträgt. Diese Wochenlohnsumme hatten wir auch in einem Flugblatt angegeben und nun kam die Fabrikleitung und behauptete, die Arbeitslöhne der Arbeiterinnen schwanken zwischen 2,25 bis 2,80 Mk. pro Tag. Diese Höhe würde der Lohn aber erst erreichen, wenn die Firma die 25 Proz. geforderte Lohnhöhung bewilligt.

Genau so verhält es sich mit den im Flugblatt aufgestellten Behauptungen über die erhabenen niedrigen Stundenlöhne der männlichen Arbeiter, die wir vollständig aufrecht erhalten. Die Firma kann deshalb die Tatsache, dass sie arme, ungebildete italienische Arbeiter herbeiholt, um unter allen Umständen das Maximum in ihrem Betriebe auszunutzen, um erhalten, nimmer zur Ehre gereichen. (Gleichwohl sind es vollständig ungeschulte Kräfte, für die sich die hohen Beschäftigungsstellen gar nicht lohnen werden. Viel gefährlicher sind die Streikbrecher, die stehen bleiben. Durch diese wird der Kampf in die Länge gezogen und der Erfolg beeinträchtigt. Es sind welche darunter, die vor dem Streik den Mund nicht weit genug zum Vorwärts aufmachen konnten. Wir werden uns mit ihnen Personalien noch etwas näher befassen, damit ihnen für alle Zeiten von der Arbeiterkassette die verdiente „Ehre“ zu teil wird.)

Während so die Firma durch ihre Angaben die Stundenlöhne wegzunehmen und mit Hilfe von hiesigen Streikbrechern und italienischen Kulis den Streik zu überwinden sucht, ging sie am letzten Sonntag zu Verhandlungen über, die an Rücksichtslosigkeit nicht überboten werden können.

Zunächst wurde sämtlichen Verwandten der Streikenden, die im Betriebe beschäftigt sind, gekündigt, dann wurde ihnen, soweit sie in Fabrikwohnungen wohnen, auf den 1. Mai die Wohnung gekündigt; dies ferneren wurde bei der Lohnzahlung fast allen die Miete, sowie die ganzen Darlehen oder Vorschüsse, die sie erhalten hatten, vom Lohne abgezogen, so daß die meisten keinen Lohn ausgezahlt erhielten!

Wegen die Firma, die zunächst unredlicherweise den Lohn und die Papiere festhielt und sich jetzt auch ungesetzliche Lohnrückstellungen erlaubt, muß wegen einer ganzen Anzahl Fälle Klage beim Gewerbeamt erhoben werden.

Alle diese rücksichtslosen Handlungen werden natürlich von der Mehrheit der vornehmen Ausbeutereliquen gebilligt und dadurch unterstützt, daß die meisten Ausbeuter in Dülken, Bierfen und M. W. W. keinen von den Streikenden einstellen.

So sorgt diese „christliche“ und „patriotische“ Gesellschaft dafür, daß zum Klassenkampf sich auch der Klassenhaß gesellt.

Sie können ihn haben. Wir werden auch eine andere Sprache reden und sowohl den Arbeiter, den die Firma mit der menschlichen Arbeitskraft getrieben, wie auch die „faulen“ Methode, die sie bei der Einziehung der Mieten, Vorschüsse usw. seit Jahren angewandt, ins rechte Licht stellen.

Die ausgereichte Wählerliste in Berlin nahm am 6. April d. J. in einer Versammlung den Bericht ihres zur Information nach Wien gefandenen Kollegen Daus entgegen. Derselbe berichtet, daß es, wie vorausgesehen war, Schwindel ist, wenn von hiesiger Unternehmenseite ausgesprochen wurde, die Wiener Kollegen machten Streikarbeit. Die Wiener Kollegen haben gleich vom Beginn der Berliner Ausperrung ab jede Heberstundenarbeit abgelehnt und halten nach jeder Richtung hin treue Solidarität. Sie werden auch selbstverständlich vor der Beendigung der Berliner Ausperrung keine Heberstunden machen.

Einer scharfen Kritik wurde die von den Unternehmern aufgestellte Lohnliste unterzogen. Man weiß, wie sie damit nicht bekommen, denn die Kollegen auswärts sind genau über die hiesigen Verhältnisse unterrichtet. In der Versammlung — es sind 146 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt — herrschte eine sehr kampfbere Stimmung.

Ausland.

Konferenz der Verbände der Textilarbeiter des Moskauer Rayons. Mitte Februar fand die erste Konferenz der Textilarbeiterverbände des Moskauer Rayons statt. An dieser Konferenz eines der größten Zentren der russischen Textilindustrie, das viele Fabriken mit Tausenden von Arbeitern umfaßt, beteiligten sich Delegierte fast aller Verbände des Rayons. Bis 10 000 organisierte Arbeiter waren durch ihre Abgeordneten vertreten, die von Loba nicht mit eingerechnet.

Die Konferenz hatte vor allem den Zweck, die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter im Rayon zu besprechen. Daher waren die ersten drei Sitzungen diesen Fragen gewidmet.

Die Berichte über den Arbeitslohn, Verkürzung der Arbeitszeit und sanitäre Bedingungen führten den Anwesenden klar und deutlich vor Augen, in welcher Weise die Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen ausgebeutet werden. Diese Ausbeutung kennt keine Grenzen.

Die sanitären Bedingungen sind derart, daß sie eine Reihe von Erkrankungen zur Folge haben. Dazu trägt die Intensität der Arbeit und der Mangel an Vorrichtungen zur Regulierung der Temperatur und Ventilation in den Arbeitsräumen bei. Wie führen hier einige Zahlen an, die die Lage der Arbeiter der Fabrik M. Morosow, Kolschakow u. Comp. mit 1800 Arbeitern charakterisieren. Der Arbeitslohn ist wie folgt:

für Spinner	von 20—25 Rubel monatlich
„ Weber	8—12 „
„ Handlanger	17—20 „
„ Anzwirner	13—14 „

Um die Arbeit zu bekommen, besticht man den Meister F. mit Naturalien u. dgl. Keine Ventilation. Unfälle sind auch nicht selten, da jegliche Schutzvorrichtungen an den Maschinen fehlen. Wie führen noch die Statistik der Erkrankungen im Jahre 1906 an: 230 leichte Unfälle, 20 schwere Unfälle, 695 Entzündungen der Luftröhre, 680 Fälle von Magen- und Darmkrankheiten, 438 Fälle von Hautkrankheiten, 684 Fälle von Infektions- und Fiebererkrankungen, in Summa 6788 Erkrankungsfälle auf 1800 Arbeiter. Das bedeutet, daß jeder dritte Arbeiter an Erkrankungen der Luftröhre leidet und außerdem noch zweimal im Jahre anderen Krankheiten unterworfen ist. In dieser Fabrik nehmen die Arbeiter Nahrungsmittel aus Liefer, die zu dem Unternehmen gehören. Zur Charakterisierung dieser Lebensmittel diene folgende Mitteilung eines Arbeiters: Einen Arbeiter gab man Mannagurke. Sie schien ihm roh zu sein, als er sie auf den Tisch ausstülte, bewegte sie sich. Siehe da! Es befanden sich Würmer darin.

Berichte aus anderen Fabriken geben auch keine erfreulichen Bilder. Überall ungläubliche sanitäre Bedingungen, überall herrscht Kälte im Winter und im Sommer entsetzliche Ausdünstungen und Hitze. In den Statunfabriken kommen Vergiftungen durch Farbe vor; Staub und unerträgliche Temperaturen schädigen die Gesundheit. In kleineren Fabriken besteht noch der 14stündige Arbeitstag. Der Arbeitslohn ist zwar um 10 Proz. gestiegen, aber zu gleicher Zeit haben sich die Lebensmittel um 20 Proz. verteuert. Auf der Twerzkaj, Manufaktur sind wieder die erwidrigenden Untersuchungen der Arbeiter eingeführt, inklusive Abrechnen der Schuhe. Die Fabriken sind mit Bestellungen überhäuft und die Fabrikanten, die ihrerseits auch miteinander in Verbindung stehen, drohen den Arbeitern mit Ausperrung, nach Lodger Muster.

Die Konferenz steht in der festen Organisation der Arbeiter das einzige Mittel zur Verbesserung der Lage. Sie ruft daher der Arbeiterschaft zu, unablässig für die Stärkung der Organisation tätig zu sein und die noch Fernstehenden durch Aufklärung der Organisation zuzuführen. Eine feste Organisation nur kann sich als Macht denjenigen der Kapitalisten entgegenstellen. Ungeduldet der Verfolgungen von Seiten der Fabrikanten und der Administration wächst die Zahl der organisierten Arbeiter. Die Delegierten berichten von dem überall bemerkbaren Streben der Arbeiter, den Verbänden beizutreten.

Die Konferenz beschließt die Notwendigkeit der Beibehaltung der aggressiven Taktik.

Es wird beabsichtigt, eine Reihe wirtschaftlicher Forderungen, welche mit geringen Abweichungen mit den Mindestforderungen des Programms der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei übereinstimmen, aufzustellen und eventuell in den Generalstreik einzutreten.

Die Konferenz hat eine Reihe von Beschlüssen im oben erklärten Sinne gefaßt und zum Schluß ein Rayonbureau für die Organisation des Verbandes gebildet.

Die Generalausperrung der Textilarbeiter in Reichenberg i. Böhmen hat begonnen. Bis jetzt haben 29 Fabriken etwa 2600 Arbeiter ausgesperrt. In der zweiten Woche dürfte diese Zahl bis auf 7000 steigen; vorausgesetzt natürlich, daß alle Unternehmer die Ausperrung vornehmen.

Die Organisation der Arbeiter, die „österreichische Textilarbeiter-Union“ beantwortet diesen Gewaltstreik der Reichenberger Scharfmacher damit, daß sie den Wochenbeitrag der Mitglieder während der Dauer der Ausperrung um 10 Heller erhöht. Es ist dadurch Vorsorge getroffen, daß den Reichenberger Textilmagazinen die Ausbesserung ihrer Arbeiter unmöglich gemacht wird. Bei der bekannten und lobenswerten Fähigkeit, mit der unsere österreichischen Kollegen in wirtschaftlichen Kämpfen ihren Mann stellen, zweifeln wir nicht daran, daß sie auch hier den Ausperrungswürdigen einen bezüglichen Denzettel verabsorgen werden, daß den Herrschaften in Zukunft die Lust dazu vergeht, solche Ausperrungen vorzunehmen.

Am Streik stehen ferner die Textilarbeiter sämtlicher Fabriken der Firma Münzberg (Mittelt, Köstik, Wenjen, Bodenbach und Cusau), ebenso die der Firma Feigl u. Widrich in Straban; die Weber in Bleich.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutsches Reich.

Die Scharfmacher in der Holzindustrie pflegen auf dem letzten Jahre. Nachdem sie in einer Sitzung in Dresden beschlossen hatten, den Vorstand zu ermächtigen, zur Weiterführung des Kampfes eine Anleihe bis zu einer Million Mark aufzunehmen, konnte man schon annehmen, daß ihre Ausperrungswilderei bedenklich an der Ausperrungsfront leide. Diese Annahme wird jetzt bestätigt durch ein vertrauliches Mundschreiben der Scharfmacher, in welchem sie ihren Dalles zugestehen und um weitere Hunderttausende von Mark bitten. Dem mit der Bankrotterklärung verbundenen Wettbriefe entnehmen wir folgende Zentrale:

„Nachdem nun der Bestand der Zentrale für Unterstühtungen an die Arbeitgeber aufgebraucht ist, und die von dem Ortsverband Berlin aufgedragte Summe von 500 000 Mark zur Neige geht, ist es erforderlich, um den Kampf mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband siegreich zu Ende zu führen, daß für neue Mittel gesorgt wird. Zur Fortführung und erfolgreichen Beendigung des Streiks ist noch mindestens eine Summe von 150—200 000 Mark erforderlich. Die Zentralverwaltung ersucht nun die Ortsverbände, diese Summe durch freiwillige Gaben zu decken und gibt uns anheim, auch die Großindustrie um Beiträge zu bitten. Es sind auch bereits in Köln und Düsseldorf zusammen mehr als 12 000 Mark gezeichnet und abgeliefert worden. Ein entsprechendes Mundschreiben an die Großindustrie ist seitens des Vorstandes des Ortsverbandes abgefaßt worden. Die Zeichnungen von freiwilligen Gaben seitens der Mitglieder ist dringend notwendig.“

Wir bitten daher um umgehende gest. Mitteilung, ob Sie zur Zeichnung eines freiwilligen Beitrages bereit sind. Jeder kleinste Betrag wird dankend angenommen. Die Mitteilungen über eventl. Zeichnungen von Beiträgen nimmt der Vorstand entgegen. Die Namen und Beträge der Zeichner werden durch unser amtliches Organ, die Fachzeitung der Deutschen Tischlermeister, bekannt gegeben.

Indem auf recht zahlreiche Beteiligung gehofft wird, zeichnet mit kollegialem Gruß

(gez.) W. Bürger, Vorsitzender.

Auf diese Geldbeutelstreicherei der Scharfmacher ist es wohl zuzuführen, daß die für den 2. April angekündigte Ausdehnung der Ausperrung nicht den Umfang annahm, wie zu erwarten war. Der Oberdachmader Kharab und seine beirten Vassallen werden gar bald zu der Überzeugung kommen, daß es für sie besser, weit besser gewesen wäre, wenn sie nach dem Grundsatz gehandelt hätten: „Ein magerer Vergleich ist besser wie ein fetter Broch.“

Die Generalausperrung der Scharfmacher, welche ebenfalls nach den Osterfeiertagen eintreten sollte, ist, wie die Berichte aus den einzelnen Städten ergeben, ebenfalls als gescheitert zu betrachten. Auch hier waren die Unternehmer sehr schlecht beraten, als sie sich durch die Mündener Scharfmacher aufs Eis locken ließen. Die Herren werden schon ein anderes Mundstück auf ihre Nüsse setzen müssen, denn mit dem bisherigen Tone werden sie die Arbeiter nicht an sich locken, sondern dabei flöten geben.

Der Konflikt im Hamburger Hafen ist in ein neues Stadium eingetreten; die Arbeiter haben den im vorigen Jahre geschaffenen Beschluß, die Nacht- und Sonntagsarbeit zu verweigern, aufgehoben, und erklären sich bereit, zu den von den Arbeitgebern im Anfang des Streiks nominierten Bestimmungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Diese Bedingungen bedeuten eine Erhöhung des Tageslohnes von 4,80 Mark auf 5 Mark und der Vergütung der Heberstunden von 75 Pf. auf 1 Mark. Nun zeigt es sich aber, daß der Stunden von der Wasserant, Herr Wallin, gar nicht daran denkt, den Frieden wieder herzustellen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, sollen die Arbeiter in Zukunft jeder Widerstandsmöglichkeit beraubt werden. Es soll den Arbeitern die Rechte der Wohltätigkeit angelegt werden. Schlimmer ist wohl selten die Absicht, durch die Wohlfahrtsvereine dem Arbeiter jede Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit, jede Freiheit überhaupt zu nehmen, dazu zu greifen, wie in dem „Wohltätigkeitsplane“ des Herrn Wallin. Vorläufig sind zwei Maßnahmen ins Auge gefaßt: die Schaffung von Arbeiterwohnungen und die Gründung einer Spar- und Unterstühtungsstelle der Scharfmacher. Die Frage der Arbeiterwohnungen befindet sich noch in den ersten Anfängen; man hat sich an den Senat um Ueberlassung von Staatsgrund zu ihrer Errichtung gewandt, und bevor weitere Schritte getan werden können, muß die Stellungnahme des Senats und der Bürgerkassette zu diesem Projekt abgemerkt werden. Die Kasse aber ist bereits geschaffen. Der Hafenbetriebsverein sucht Arbeiter mit einem Jahreskontrakt bei einem Mindestlohn von 30 Mark. Diese Arbeiter, die den Namen der Hamburger Scharfmacher führen sollen, müssen sich kontraktlich verpflichten, der erwähnten Kasse beizutreten. Und diese Vorbereitung ist es, die jetzt den Streitpunkt zwischen den beiden Organisationen bildet. Derselbe Versammlung, die den Beschluß über die Nachtarbeit aufhob, erklärte, daß sie es entschieden ablehne, der Kasse beizutreten. Um diese Stellungnahme verständlich zu machen, seien hier die wesentlichsten Bestimmungen dieser Kasse in aller Kürze wiedergegeben. Die Kasse soll in all den Fällen Hilfe gewähren, in denen die Leistungen der gesellschaftlichen Klassen als unzureichend erweisen; die Wahl des Vorstandes muß vom Hafenbetriebsverein genehmigt werden; erfolgt nach zweimonatlicher Wahl keine Einigung, so nominiert der Hafenbetriebsverein 30 Kandidaten, aus deren Mitte der Vorstand gewählt werden muß; alle Beschlüsse des Vorstandes, bei denen nicht ein Vertreter des Hafenbetriebsvereins zugegen war, sind ungültig; alle Beschlüsse der Kasse bedürfen der Genehmigung des Vorstandes des Hafenbetriebsvereins. Der Beitrag der Arbeiter beträgt wöchentlich 3 Mark (er ermäßigt sich bei einem Wochenverdienst unter 25 Mark auf 2 Mark) und bei einem Wochenverdienst von unter 30 Mark auf 1 Mark); die Zinsen dieses Beitrags fließen der Kasse zu, bis der Beitrag die Höhe von 300 Mark erreicht hat; wird dieser Betrag überschritten, so fallen die Zinsen auf die Überschreitende Summe dem einzelnen Arbeiter zu. Der Hafenbetriebsverein leistet einen jährlichen Beitrag in der Höhe des vierfachen Betrags der Zinsen, die der Kasse zufließen. Ueber den Grundbeitrag von 300 Mark kann der Arbeiter während seines Dienstverhältnisses nicht verfügen; der Austritt aus der Kasse ist nur nach einer ein halbes Jahr vorher erfolgten Kündigung zu-

lässig. In folgenden Fällen kann aber der Arbeiter auf Anordnung des Hafenbetriebsvereins sofort aus der Kasse entlassen und seine Einzahlungen bis zur Höhe von 200 Mark zugunsten der Kasse einbehalten werden:

- a) wenn der Arbeiter ohne Erlaubnis, bezw. ohne daß von dem dazu Bestigten Feierabend geboten ist, die Arbeit verlassen hat;
- b) wenn der Arbeiter ohne triftigen Grund nicht zu einer bestimmten Zeit kommt;
- c) wenn derselbe in Krankheitsfällen oder bei anderen dringlichen Anlässen nicht spätestens bis Mittag Anzeige gemacht hat;
- d) wenn derselbe ohne triftigen Grund den gewährten Urlaub überschreitet;
- e) wenn er sich der Widersetzlichkeit, ungebührlichen Betragens, Trunkenheit während des Dienstes, des Diebstahls, der Schlägerei, des Betrugs, der Unterschlagung oder anderer unehrenhafter Handlungen schuldig macht.

Man wird es gewiß begreiflich finden, wenn es die Arbeiter ablehnen, ihre Existenz durch solche frivole „Wohltaten“ erdzoffeln zu lassen.

Aus Unternehmerkreisen.

Stüsskation für die Holzindustriellen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat in seiner heutigen Ausschusssitzung eine Resolution angenommen, in welcher dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe in seinem jetzigen Kampfe die volle Sympathie ausgesprochen und beschlossen wird, die dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände angehörigen Verbände und Unterverbände zu einer tatkräftigen finanziellen Hilfsaktion aufzurufen und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zu ersuchen, bei ihren Verbänden ebenfalls eine Unterstützungsaktion zugunsten des deutschen Holzgewerbes einzuleiten. Ferner sollen die außerhalb der beiden Zentralen stehenden Arbeitgeberorganisationen und Arbeitgeber auf die Bedeutung des Kampfes hingewiesen und zur Unterstützung der kämpfenden Unternehmer gleichfalls aufgefordert werden.

Wie die Herren Kapitalisten untereinander die nationale Frage auffassen, ist aus nachfolgender Notiz, die wir der „Reichenberger Zeitung“ entnehmen, zu ersehen:

(Arbeitgebervereinigung böhmischer Textilindustrieller.) In einer vom Vereine böhmischer Textilindustrieller in Prag einberufenen, vor einigen Tagen in Semil stattgefundenen Versammlung, an welcher fast alle Textilindustriellen deutscher und tschechischer Nationalität in und nächst Semil, Lommitz, Lichtabst, Eisenbrod und Hochstadt teilnahmen und in welcher der Sekretär des Vereines böhmischer Textilindustrieller in Prag, Dr. Reich, als Referent fungierte, wurde die Bildung einer Arbeitgebervereinigung zunächst für die bezeichneten Ortsschaften beschlossen.

Also die Unternehmer kennen in ihren Vereinigungen keine nationalen Unterschiede. Ja, sie sind nicht so naiv, als daß sie nationale Fragen über das Geschäft setzen würden. Warum weinern denn da die deutsch-nationalen Wähler nicht gegen den „Vertrat“ der Fabrikanten? Warum sind denn nur die Arbeiter, die sich wirtschaftlich international organisieren, „nationalfeindlich“, „antinationale“ usw.? Na, Bauer, das ist etwas anderes! Wenn der heilige Geldsack in Frage kommt, darf man sich schon mit dem nationalen Geschick verbinden. Nur die Arbeiter sollen das nicht tun, weil sie dann den Fabrikanten gefährlich werden.

Aus Handel und Industrie.

Die Entwicklung der Textilindustrie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die amerikanische Regierung hat eine Tabelle veröffentlicht, aus welcher hervorgeht, daß die Textilindustrie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika in den 16 Jahren, vom Jahre 1890 bis 1906, ganz enorme Fortschritte gemacht hat und heute neben der Lebensmittelindustrie der bedeutendste Erwerbszweig in den Vereinigten Staaten ist.

In welcher Weise die Entwicklung vor sich gegangen ist, wird durch nachstehende Tabelle, welche wir dem „Confectionair“ entnehmen, veranschaulicht:

Baumwollfabrikation.				
	1906	1900	1890	
Veranlagtes Kapital, Doll.	618 110 655	487 240 157	854 020 848	
Spinneln	28 105 148	10 050 852	14 188 103	
Webstühle	550 290	455 763	824 806	
Beschäftigte Personen	823 855	807 768	221 585	
Wert der Erzeugnisse, Doll.	450 487 704	889 200 820	287 881 724	
Kammwollfabrikation.				
	1906	1900	1890	
Veranlagtes Kapital, Doll.	162 461 020	132 168 110	68 035 116	
Spinneln	1 112	1 194	673	
Webstühle	28 123	26 030	19 929	
Spinneln	1 040 815	1 840 440	667 824	
Beschäftigte Personen	71 066	58 877	43 593	
Wert der Erzeugnisse, Doll.	165 745 052	120 814 844	70 104 652	
Krauwollfabrikation.				
	1906	1900	1890	
Veranlagtes Kapital, Doll.	140 302 488	124 886 262	180 989 040	
Krauwoll	5 039	5 035	—	
Webstühle	88 170	86 707	88 049	
Spinneln	2 569 805	2 825 007	2 829 099	
Beschäftigte Personen	175 224	71 139	79 851	
Wert der Erzeugnisse, Doll.	142 198 058	118 430 153	138 577 977	
Wirt- und Strumpfwarenfabrikation.				
	1906	1900	1890	
Veranlagtes Kapital, Doll.	106 683 531	81 860 604	50 607 789	
Wirt- und Strickmaschinen	88 874	69 047	86 927	
Beschäftigte Personen	108 019	98 196	61 209	
Wert der Erzeugnisse, Doll.	186 538 139	95 482 568	67 241 013	
Gesamte Textil- und verwandte Industrie.				
	1906	1900	1890	
Veranlagtes Kapital, Doll.	1 744 190 234	1 886 604 058	1 008 050 268	
Wirt. Materialien	1 246 562 061	805 984 790	705 004 909	
Beschäftigte Personen	1 218 212	1 074 492	858 109	
Wert d. Erzeugnisse, Doll.	2 147 441 418	1 657 484 484	1 261 672 504	

Soziales.

Ist das Krankengeld für 183 oder für nur 182 Tage zu zahlen? Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat eine grundsätzliche Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts über die Frage herbeigeführt, ob die Krankentassen der Versicherungsanstalt 26 Wochen oder 28 Wochen und einen Tag im Fall des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes zu erstatten haben. Das Oberverwaltungsgericht hat, wie die amtlichen Mitteilungen der Berliner Landesversicherungsanstalt berichten, die verlagte Betriebsklasse am 3. Januar zur Zahlung von 26 Wochen und einem Tag beurteilt. Nach dieser auch für Arbeiter erheblichen Entscheidung steht dem Erkrankten ein Anspruch auf Krankengeld für 183, nicht nur für 182 Tage zu. Die Gründe dieser Entscheidung gipfeln darin, daß gemäß der Bestimmung des § 78a Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes, welche auch für die Berechnung der Krankengeld-Unterstützungsbeträge anzuwenden sei, eine nach Wochen bestimmte Frist mit Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche endigt, welcher durch seine Benennung dem Tage entspricht, an welchem die Frist begonnen hat.

Nach § 19 des Invalidenversicherungsgesetzes ist die Versicherungsanstalt befugt (nicht verpflichtet), falls ein Versicherter bez-

gestalt erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu befürchten ist, zur Abwendung dieses Nachteils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfange einzuleiten zu lassen. Läßt sie ein Heilverfahren eintreten, so gehen bei Versicherter, welche der reichsrechtlichen oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge unterliegen, vom Beginn dieses Heilverfahrens an bis zu dessen Beendigung die Verpflichtungen der Krankenkasse gegen den Versicherten auf die Versicherungsanstalt über. Dieser hat die Krankenkasse Ersatz zu leisten in Höhe desjenigen Krankengeldes, welches der Versicherte von der Krankenkasse für sich beanspruchen konnte. Dem Versicherten steht nach §§ 8 und 20 des Krankenversicherungs-gesetzes im Falle der Erwerbsunfähigkeit ein Krankengeld für 26 Wochen zu. Da § 78a des Krankenversicherungs-gesetzes (in Übereinstimmung mit § 187 V.G.W.) festlegt: „Eine nach Wochen oder Monaten bestimmte Frist endigt mit Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher durch seine Benennung oder Zahl dem Tage entspricht, an welchem die Frist begonnen hat“, so steht dem Erkrankten ein Anspruch auf 183 Tage Krankengeld, nicht wie die verlagte Betriebskasse angenommen hatte, nur auf 182 Tage zu. Unseres Wissens ist die besprochene für Arbeiter nicht unwesentliche Frage zum ersten Male — und zwar wie die angezogenen Paragraphen ergeben, durchaus im Sinne des Gesetzes — vom Oberverwaltungsgericht entschieden.

Technisches.

Versuche zur Entnebelung von Betriebsräumen. Der Verein der deutschen Textilvereinigungsindustrie beabsichtigt, in einer hierzu hervorragend geeigneten, ihm zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten öffentlichen Anstalt mit entsprechend geeignetem, umfangreichen praktischen Betrieb, der die nötigen Betriebsmittel (Dampf, Kraft, auch elektrische) kostenlos stellen würde, praktische Versuche mit Entnebelungseinrichtungen anzustellen zu lassen, zur Förderung der Lösung dieser wichtigen Frage. Außerdem ist die Möglichkeit einer ständigen wissenschaftlichen und praktischen Kontrolle und Begleitung der Anlage geboten. Es würde für Maschinenfabriken, die große Anlagen bauen, durch diesen Plan des genannten Vereins, der fast alle bedeutenderen Firmen der Färberei, Druckerei und Appreturindustrie im Reich zu seinen Mitgliedsmitgliedern zählt, ausgezeichnete Gelegenheiten geboten, die Brauchbarkeit ihrer Anlagen sachgemäß erproben zu lassen und solche den Interessenten im Betrieb vorzuführen zu können. Welches System in erster Linie zur probeweisen Einführung gelangt, entscheidet die technische Kommission des Vereinsvorsitzenden. Es ist vorauszusetzen, daß durch Bekanntwerden dieses Vorhabens dem Verein Angebote in größerer Zahl zugehen werden; das Vereinsbureau in Düsseldorf ist bereit, jedwede gewünschte Auskunft zu geben. Später wird man auch Anlagen zur Entnebelung von Neubereitungen in gleicher Weise seine Aufmerksamkeit zuwenden.

Betriebsunfälle.

Einer der verwerflichsten Mißstände, die Arbeiter während des Ganges der Maschinen in der Nähe von Transmissions-Repaturen oder sonstige Arbeiten verrichten zu lassen, hat wieder einmal ein Menschenleben vernichtet. In dem Betriebe der Firma Ludwig Schumann, Aktiengesellschaft, in Mummelsburg erlitt ein ungelerner Arbeiter den Aufschlag, ein in einer Wand befindliches Transmissionsband, von der sich höchstens einen halben Meter entfernt eine Transmissionsnabe befand, zugunehmen, und zwar während der Betrieb sich im vollen Gange befand. Er mußte, um diese Arbeit zu erledigen, Steine und Ädelsteine über die Transmissionsnabe hinwegreichen. Hierbei wurde der Unglückliche von der Welle erfaßt und beschädigte Male herumgeschleudert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ist es schon bedauerlich für die Rücksichtslosigkeit der Firma, diese gefährliche Arbeit während der Reparaturarbeiten betreiben zu lassen, so wird doch das Verhalten derselben erst in das rechte Licht gerückt, wenn man erfährt, daß der Arbeiter sich in dem Raum ganz allein ohne jede Aufsicht befand. Erst als man im Nebenraum das Klackern des von der Welle erfaßten und herumgeschleuderten Körpers des Verunglückten hörte, der gegen die Wand und einen Balken schlug, wurde man aufmerksam und schickte sich bemüht nachzugehen, ob vielleicht ein Unglück passiert sei. Die Maschine wurde zum Stehen gebracht und der Verunglückte, dessen Kleider sich fest um die Welle gewickelt hatten, von Arbeitskollegen abgeschnitten. Ein herbeigeholter Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Dem von der Orts-polizeibehörde zur Aufnahme des Leichnams entsandten Gen-darmen sagte man; dem Arbeiter sei der Auftrag geworden, das Zuzunehmen des Seiles von außen zu bewerkstelligen, er habe dem ihm gegebenen Auftrag entgegen gehandelt und die Arbeit von innen erledigen wollen. Natürlich! Der Tote kann sich nicht mehr verantworten und ist es deshalb sehr bequeme, diesem die Schuld aufzubürden. Dem Beamten sollen nach Lage der Sache diese Angaben wenig glaubwürdig erschienen sein.

Mißstände im Textilgewerbe.

Einen richtigen Laubenschlag stellt die Fabrik Schein u. Reich in Kagen dar. Schon seit Jahren werden seitens der Belegschaft Anstrengungen gemacht, die bestehenden Mißstände abzuschaffen und geregelte Verhältnisse herbeizuführen, allerdings muß zugegeben werden, daß diese Bestrebungen der nötigen Energie sehr entbehren. Eine am 26. März stattgehabte Belegschaftsversammlung förderte denn auch wieder eine ganze Anzahl Mißstände zutage. Der Wehsaal ist seit 15 bis 20 Jahren nicht mehr gründlich gereinigt und lagert der Staub an den Wänden auf. Die Aborte werden nicht regelmäßig geputzt und sind meist nicht zu benutzen. Der beim Werd in einem Verschlage ohne Ventilation gelockt und dringt der Dampf und Gestank ungehindert in den Wehsaal ein. Der Maschinist besorgt neben seiner Dampfmaschine die Reparatur der Lampen und ist es mehrfach vorgekommen, daß die Maschine erst 20 Minuten nach dem Gebrauch der Koffingel zum Stehen gebracht wurde. Das hierin eine große Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter liegt, ist jedem klar. So viel uns bekannt ist, besteht aber auch für die Maschinisten eine Vorschrift, nach welcher dieselben den Maschinenraum während der Betriebszeit nicht verlassen dürfen. Das Verlangen der Weber nach Einführung von Schutzbrüchern wurde seitens der Firma mit der Begründung abgelehnt, dann würde zu viel am Stuhl gelefen. Der eingangs schon erwähnte große Wechsel liegt einerseits an dem zu verarbeitenden schlechten Material, andererseits aber, und nicht zum kleinsten Teil an dem öfteren Warten auf Ketten. Würde die Firma den Angestellten etwas mehr geregelte Durchführung beibringen, so würde das Warten von selbst beseitigt. Die übergroße Mehrzahl der Belegschaft, sowie der ganze Ausschuß ist „christlich organisiert“.

Vermischtes.

Es weiß es genau. „Du mir den einzigen Gefallen und wüßte nicht in den Schulden und Schanden, wie du das so gern tust. Wenn du mir schreibst, erhältst du umgehend Antwort und die Sache ist erledigt.“ Darauf weiß die Gattin beruhigt ab. Kurz darauf kam eine Freundin seiner Frau und bat um ein Schnittmuster. Der Mann, der natürlich keine Ahnung hatte, wo es sich befinden könnte, schrieb seiner Gattin und bat um Auskunft. Mit wunderbarer Präzision er folgendes Brief: „Du findest das betreffende Muster an einem Nagel an der Tür der Bodenstammer. Sollte es da nicht

sein, so liegt es in der Schachtel auf der Nähmaschine in Glas Zimmer, in der grünen oder roten, das weiß ich nicht bestimmt. Möglicherweise findest du es aber auch auf dem oberen Fach des Kleiderchranks in unserem Schlafzimmer, wenn ich mich recht erinnere, auf der linken Seite; sich aber lieber auch auf der rechten nach. Wenn es da nicht liegt, so ist es in der unteren linken Schublade des Schreibtisches im Wohnzimmer, dort habe ich immer meine Schnittmuster auf. Unde aber nicht sämtliche Pakete auf, denn es muß ganz oben liegen. Vielleicht ist es aber auch in der rechten oberen Schublade. Auf jeden Fall findest du es weder im Salon noch im Wohnzimmer, du brauchst also dort nicht zu framen. Allerdings könnte es am Ende in einer Schublade des Buffets sein.“

P. S. „Da fällt mir eben ein, daß es sehr leicht möglich ist, daß ich das Muster meiner Schwester Anna geliehen habe.“

Eine interessante Statistik. Nach neueren Ermittlungen beträgt

	Jährl. Einkommen pro Kopf der Bevölkerung Ml.	Steuern pro Kopf der Bevölkerung Ml.	In Proz.
Australien	807,8	50,0	6,3
Verein. Staaten	747,4	50,0	6,8
England	630,7	43,1	10,7
Frankreich	503,3	75,6	15,0
Deutschland	397,4	50,0	12,8

Was das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung betrifft, so steht also Deutschland weit schlechter da als alle genannten übrigen Länder; die Steuerbelastung ist bei uns trotzdem absolut ebenso hoch wie in Australien und den Vereinigten Staaten und wird auch relativ nur von Frankreich übertraffen.

Nierenerkrankungen durch die Saugflasche. Wenn neuerdings der natürlichen Ernährung immer mehr das Wort gerebet wird, so geschieht dies in erster Linie deswegen, weil die künstliche Nahrung niemals der Muttermilch vollständig ähnlich gemacht werden kann. Demgegenüber hat man bisher die Ansicht, welche durch die Saugflasche der Ernährung geboten werden, gering geachtet. Und doch können auch von diesem dem Nabe erhebliche Schädigungen drohen. Diese bestehen zunächst in der Schwierigkeit zu vollziehenden und deswegen unvollständig bewirkten Reinigung. So befinden sich oft in der Flasche begriffene Milchreste in den Saughülsen. Manchmal haben auch die Kinder eine unbehagliche Abneigung vor dem Gummihülsen, indem sie den Geruch derselben scheuen. Auf einen anderen Mißstand, der mit dem Säugen aus dem üblichen Gummisauger verknüpft ist, weist der englische Arzt Dr. Reddy hin, nämlich auf die enorme Anspannung, die mit demselben verbunden ist. Die Muskulatur der Lippen, der Wangen und der Zunge wird stark überanstrengt und der atmosphärische Druck im Munde wird stark gesteigert. All dies wirkt sehr ungünstig auf die wachsenden Knochen, der Oberkiefer wird spitzwinklig gekrümmt und nach vorn geschoben, so daß die Zähne sich nicht mehr berühren. Die Erhöhung der Gaumenbögen führt zur Verwärtung der Nasenhöhle, zur Verkrümmung der Nasen- und der Rachenhöhlen, sowie zum Verluste der Nasenatmung. Alle diese Beschwerden werden noch vermehrt, wenn neben dem Sauger noch der Schuiler tagsüber benutzt wird. Dr. Reddy hat Beobachtungen bei indischen Kindern gemacht, wonach die Mißbildungen am Kiefer bei denselben immer mehr auftreten, seitdem aus Europa die Saugflasche eingeführt wurde. Aus diesen Beobachtungen ergibt sich nunmehr, daß mit um so größerem Nachdruck die natürliche Säuglingsernährung bevorzugt werden. Ist dies nicht möglich, dann soll man die Saugflasche überhaupt beiseite lassen, das Kind vielmehr mit einem Brust er nähren, durch welches ihm die Milch langsam in den Mund rinnt. Porzellanschüsseln und Schalen mit schnabelförmigem Fortsatz eignen sich am besten dazu.

Der Rückgang des Fleischverbrauchs wird in einer Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes mit Zahlen belegt, zu denen das Amt wörtlich bemerkt:

„Fast man die Jahre 1. Juli 1904 bis 1. Juli 1905 und 1. Juli 1905 bis 1. Juli 1906 zusammen, so zeigt sich in den beiden Jahren bis 1. Juli 1906 ein Rückgang des Konsums um etwas über 2/3 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung, also etwa 1 1/2 Kilogramm auf eine Familie von 5 Köpfen.“

Das Statistische Amt weist weiter noch nachdrücklich darauf hin, daß eine Einschränkung im Fleischverbrauch jedenfalls hauptsächlich bei der minderbemittelten Bevölkerung eingetreten ist; in Wirtschaftlichkeit bei diesen Klassen der Bevölkerung die Einschränkung des Verbrauchs also jedenfalls nicht unerheblich größer ist, als die einfache Kopfsiffer erkennen läßt, die auch familiäre Lebensalter umfasst.“

Als beachtenswert hebt das Statistische Amt ferner hervor, daß der Rückgang eingetreten ist bei steigender wirtschaftlicher Konjunktur.

Troßdem bleibt agrarisch Trümpf. Und der gutmütige Michel spendete am 26. Januar dazu seinen Segen.

Die unbesetzte Fahne. Wie man der „Frankfurter Zeitung“ aus Bamberg mitteilt, enthält Nr. 143 der „Sonnenberger Zeitung“ die folgende lästliche Anzeige:

„Warnung! Wir warnen hiermit jedermann vor dem Weiterverbreiten des falschen Gerüchtes, daß unsere Jagd-narrin Fräulein Rosa Hammerich in anderen Umständen ist. Nicht diese, sondern die Begleiterin Emma Allhaus ist es. Da dieselbe die Fahne nicht in die Hand bekommen hat, so ist unsere Fahne als unbesetzt zu betrachten. Diejenigen Personen, welche sich wiederholt der unerschämten Lüge bedienen und uns mit unserer Fahne beleidigen, werden wir gerichtlich belangen.“
Der Vorstand des Turnvereins Gönbach.“

Berichte aus Fachreisen.

Crimmitschau. Um dem Wunsche vieler unserer Mitglieder, in diesem Jahre wiederum einen Massenaussflug per Bahn zu veranstalten, entgegenzukommen, hat sich die Leitung der hiesigen Organisation entschlossen, einen solchen für Sonntag, den 9. Juni, zu arrangieren. Damit es auch den minderbemittelten Mitgliedern möglich werde, sich beteiligen zu können, haben wir sogenannte Sparmarken, à Stück 25 Pf., angefertigt und wolte man dieselben von unseren Unterlasseren beziehen. Wir bemerken jedoch, daß die Marken nicht besonders angeboten werden, sondern, daß sie die Mitglieder fordern müssen. Wir rechnen darauf, daß die Mitglieder von dieser Einrichtung einen fleißigen Gebrauch machen. Mit dem Ziel dieses Ausfluges werden wir uns noch eingehend befassen und unseren Mitgliedern später Nachricht zugehen lassen.

Hattorf. Ein Kapitel von der kapitalistischen Arbeiterfreundlichkeit nach den Wahlen. Bei der vergangenen Reichstagswahl haben die Parteien des Unternehmertums förmlich ein Wettrennen um die Gunst des Wunders Arbeiter veranstaltet. Nach der Wahl, da man wieder einen Teil der Arbeiter mit dem sogenannten „Wahlzettel“ und anderen Schwindel glücklich blüht hat, steht die Sache etwas anders aus.

Vor einigen Jahren gab es in der Stadt Hannover eine Zuteilnehmer und -Weber, in der recht gute Verdienste erzielt wurden, das heißt natürlich nicht für die Arbeiter, sondern für die Herren Unternehmer. Mit der Entwidlung Hannover-Ländens ist nun auch die Arbeiterkraft des einzelnen heimischen Arbeiters etwas teurer geworden. Einigermaßen angemessene, auskömmliche Arbeitslöhne wollen aber die Textilbarone nun einmal nicht zahlen. Sie legen sich also auf den Import ausländischer Arbeiter, dieser Kultur- und bedürfnislosen Masse, die ihre Arbeitskraft natürlich billiger loschlägt. Unsere Kapitalisten sperren zwar die Grenzen gegen fremde Schwelme, die dem nationalen Schwelme-züchter lästig sind, aber für die fremden Arbeiter sind die Grenzen immer weit geöffnet. Denn der nationale Arbeiter ist ja kein Agrarier, hat also keinen Anspruch auf Schutz!

Auch die „nationalen“ Zuteilnehmer versuchen ihr Glück mit dem Import fremden Menschenfleisches. Sie scheinen dabei aber recht tüchtig Erfahrungen gemacht zu haben. Schließlich entschlossen sie sich, den ganzen Betrieb zu verlegen, und gelang. Der Betrieb wurde unter der Firma Stellung, Weber u. Co. nach Hattorf verlegt. Die ganze Gemeindefabrikation in Gönbach und Wonne zu schwelgen, wie die junge Damentwelt in Arefeld beim Einzug der Langhularen.

Leider ist es ganz anders gekommen, als man geträumt hatte. Herr Stellung, der es sich, nebenbei gesagt, in Hannover recht gut gehen läßt, zahlt Arbeitslöhne, die jene überschwerlichen Wohn-gefühle absolut nicht rechtfertigen. Es gibt in dem Betriebe verheiratete Männer, die 13—15 Mark die Woche, Jugendliche, die bedeutend weniger erhalten, Frauen, die mit 8—11 Mark nach Hause gehen, und die jungen Mädchen erhalten noch weniger!

Ein ganz gewaltiger Dorn im Auge des Herrn Stellung scheint aber die Organisation der Arbeiter zu sein. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat am Orte eine Zahlstelle ins Leben gerufen. Ein ganzes Teil Arbeiter und Arbeiterinnen hat den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkannt, und Herr Stellung in der Kaiserallee weiß zu genau, daß, wenn erst die Mehrzahl „seiner“ Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen ist, er sie nicht mehr wie Unmündige behandeln kann. Herr Stellung will also die Organisation der Arbeiter nicht dulden. Er wird aber erleben, daß Hattorf nicht im Königreich Hannover liegt! Bei der Reichstagswahl, ja da begeisterte sich dieser Mann für die Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Nach aber die Arbeiterkraft des Herrn Stellung selber von diesem gesetzlichen Rechte Gebrauch, dann droht man den Verwegenen mit Entlassung. Es geht doch nicht über unsere kapitalistischen Arbeiterverbände!

Wie könnten dieses Kapitel noch eine Weile fortsetzen, wollen aber die fernere Handlungsweise der Herren in Hattorf abwarten.

Limbad i. S. Sonnabend, den 30. März, fand im „Hotel Johannesbad“ die Monatsversammlung der Filiale Limbad statt. Zunächst erfolgte der Bericht des Gewerkschaftssekretärs. Aus diesem ist hervorzuheben, daß sich ein Volksbildungsverein konstituieren soll und aus jeder Gewerkschaft ein Kollege zu wählen ist. Die Wahl fiel einstimmig auf Kollegen Otto Landgraf. Eingehend besprach man sich mit der in Hannover stehenden Konferenz über unsere Lohnbewegung. (Ausführlicher Bericht ist bereits in der „Volksstimme“ erschienen.) Daß wir in unserer Lohnbewegung bereits gute Erfolge erzielt haben, beweist die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit in ungefähr 20 Betrieben. Um weitere Zugeständnisse zu erlangen, müssen wir den Kollegen immer wieder ans Herz legen, unermüdet und einmütig in den einzelnen Betrieben vorzugehen. In dieser Hinsicht ist es mit Freuden zu begrüßen, daß sich die Versammlung einstimmig für die Anstellung eines Geschäftsführers aussprach. Zu diesem Zweck wird mit Beginn des nächsten Quartals ein Ortsausflug von 5 Pf. pro Mitglied erhoben werden. Es ist zu wünschen, daß die Kollegen diesem Beschluß gern Folge leisten, damit die Anstellung bald verwirklicht werden kann. Sämtliche Kollegen sollen über den Zweck dieses Vorhabens durch Zirkular eingehend unterrichtet werden. — Ein hiesiger Handschuhfabrikant hat wegen Mangel billiger Arbeitskräfte 2 Dienstmädchen in der Fabrikation beschäftigt, ja selbstige zum Bedienen der Kettenstühle verwendet!

Mittweida. In der am Sonnabend, den 6. April, abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale gelangten 6 Kollegen zur Aufnahme. Der erste Vorsitzende, Julius Lehmann, hielt einen Vortrag über: „Welchen Zweck und Nutzen hat für uns die Anstellung eines Geschäftsführers?“ Redner erläuterte in sachlicher Weise, welchen Wert die Anstellung eines besoldeten Beamten haben würde, und welche Tätigkeit derselbe zu erfüllen hätte. Dem durch den Vortrag hervorgerufenen eine rege Debatte an, aus welcher hervorging, daß die Anstellung eines Geschäftsführers notwendig und bald zu vollziehen sei. Es wurde sodann beschlossen, in aller nächster Zeit eine Extraversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen, in welcher ein ausführlicher Bericht von der letzten Lohnbewegung hiesigen Orts erstattet werden soll. Es ist verdammt Pflicht und Schuldigkeit der Mitglieder, bei derartigen wichtigen Angelegenheiten zahlreicher zu erscheinen.

Neudamm. Am 25. März 1907 sprach der Gauleiter Kollege Kofke aus Berlin hier in einer öffentlichen Textilarbeiter-Versammlung über das terroristische Wesen einiger hiesiger Industrieller.

Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die am 25. März versammelten Textilarbeiter von Neudamm legen entschieden Protest ein gegen die Art und Weise, wie einzelne Unternehmer am hiesigen Orte der Arbeiterschaft die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrechtes unmöglich machen. Die versammelten Arbeiter erklären, sich die ihnen im § 152 der Reichsverordnung zustehenden Rechte trotz aller Maßregeln nicht ausser Acht lassen zu lassen. Sie verwerten auf das Entschiedenste die von einigen Unternehmern beliebte Art, den Arbeitern Geschenke anzubieten oder Drohungen auszusprechen, um die Arbeiter zu Verrätern an ihrer Organisation zu machen. Die Versammelten erklären, auch fernerhin treue Mitglieder der Organisation zu bleiben.“

Reugersdorf. Am Mittwoch, den 27. März, fand eine von 800 Personen besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung im „Gasthof zur Wachschanke“ statt, die sich mit der Tariffrage beschäftigte. Kollege S. F. a n z e erstattete Bericht über die Verhandlungen, welche zwischen der Tarifkommission der Arbeiter und der Ortsgruppe der Arbeitgeber stattgefunden hatten. Er trug sämtliche Schreiben, die zwischen den Kommissionen gewechselt wurden, vor und führte zu den mündlichen Verhandlungen folgendes aus: Schon zu Anfang der Verhandlungen kam es zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Differenzen, da von den Arbeitern gefordert wurde, auch von ihrer Seite einen Vertreter der Organisation zu den Verhandlungen zuzulassen. Die Arbeitgeber hätten das aber entschieden abgelehnt. Um nun nicht den Tarif ins Wasser fallen zu lassen, hätten die Vertreter der Arbeiter schließlich auf eine Vertretung der Organisation verzichtet. Dann seien sie von seiten der Arbeitgeber aufgefordert worden, den von der Tarifkommission der Arbeitnehmer ausgearbeiteten Lohnarif einzuziehen. Nachdem nun seit der ersten Sitzung eine längere Pause, während welcher Zeit die Arbeitgeber verschiedene Berechnungen anstellen wollten, verstrichen sei, habe am Dienstag, den 12. März dieses Jahres, eine weitere Verhandlung stattgefunden. Wer zu Anfang der Verhandlungen noch geglaubt habe, daß die Arbeitgeber die Sache in friedlicher Weise regeln wollten, der sollte sehr enttäuscht werden. Nach der Berechnung, welche die einzelnen Fabrikbesitzer angefertigt haben wollen, sollen die beantragten Lohn-erhöhungen bei dem einen 35—50 Proz., bei dem anderen 20 bis 35 Proz. betragen usw. Der eine Fabrikbesitzer habe eine Lohn-erhöhung von 50—70 Proz. nach dem Reichsbahner Tarif ausgerechnet. Der Vorsitzende gab deshalb bekannt, daß ein Tarif, wie er von den Arbeitern aufgestellt worden sei, für die Arbeitgeber unannehmbar wäre. Herr A. Hoffmann bemerkte, daß die hiesige Ortsgruppe der Arbeitgeber selbst einen Tarif ausarbeiten werde, der sich unseren Verhältnissen anpassen würde. Auf die Frage der Arbeitervertreter: wie lange sie noch warten sollten? meinte der Vorsitzende: „Nun, Sie haben ein halbes Jahr gebraucht, und so können Sie nicht verlangen, daß wir viel früher fertig werden sollen.“ Aus diesem Ausspruch sei zu ersehen, daß man von seiten der Arbeitgeber keine schnelle Erledigung wolle, man habe uns nur in dieser Weise abgepeist. In der Arbeiterschaft wird es nun liegen, zu zeigen, daß sie hinter der Kommission steht.

Gauleiter Kollege Linde führte aus, die Arbeitgeber wollen weiter nichts, wie die Sache bis zum nächsten Winter verschleppt. Jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen, wo selbst dem gleichgültigsten Arbeiter die Augen aufgehen müssen. Der letzte Kollege und die letzte Kollegin muß jetzt der Organisation zugeführt werden, damit wir selbst gegen die schärfsten Maschinen unserer Gegner ge-

knappel sind. In der Geschlossenheit der Arbeiterschaft muß der...

Meine. Vom 1. April ab hat Kollege Kessling den Posten...

Meinfeinden. Sozialistisches Unternehmen. Bekanntlich grün-

Mehrdt. Welche Zustände bezu. Mißstände in der Baumwoll-

Am Samstag, den 4. März, reichten in genannter Spinnerei...

Wie uns mitgeteilt wurde, sollen einer Arbeiterin, welche an...

Aber dann zeigt es sich, daß die Arbeiter die Rechnung ohne...

Stralau-Mummelsburg. Bei der Firma Ludwig Lehmann...

Briefkasten.

J. Sch. Delmenhorst. Sie irren gar sehr, wenn Sie die Meinung...

Ranluis M. Glabbach. In Nr. 14 wird in ausführlicher Weise...

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen...

Die Preßkommission

hat sich nun konstituiert und sind in Zukunft etwaige Be-

Die Filialen Barmen, Langerfeld, Alombacherbach, Bekaker,

Reisenunterstützung wird nur im Bureau, Martenstr. 22,

Die Bezirksversammlungen werden von jetzt an statt-

jeden 1. Samstag für Langerfeld; jeden 2. Samstag für Barmen;

Die Generalversammlungen für die vereinigte Filiale Barmen

Gauverwaltungen.

Gau Vogtland. Den Ortsverwaltungen hiermit zur Kenntnis,

Weiter haben die Kollegen darauf zu achten, daß Wünsche be-

Ortsverwaltungen.

Sachsen-Rhein. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß ab 12.

In Linden ist das Bureau freitags geschlossen.

Reichenbach i. S. Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt in dem

Reichenau. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung finden

Schiffbeck. Der Vorstand besteht jetzt aus folgenden Personen:

Schwarzenbach i. Baden. Die Adresse des Vorstehenden ist vom

Weinheim i. Baden. Die Adresse des Vorstehenden ist jetzt:

Wülstenbrand. Dem Wülstenbrand ausgestellt Mitgliedsbuch

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Filiale Altona-Ottensen. Kollege Otto Jordan (Seiler) am

Augsburg. Peter Hammer, 26 Jahre alt - Lungen-

Bielefeld. Wilhelm Kobusch, 34 Jahre alt -

Crefeld. Abel Frits, 45 Jahre - Proletarierkrankheit.

Crefeld. Karl Ebin, 16 Jahre alt - Heinrich Pfeffer,

München. Georg Opel in Joll, 28 Jahre alt - Herzleiden.

Reichenbach i. Schl. Gestorben, Verbandsmitglied Anna

Schliffbed. Heinrich Stühr, 40 Jahre alt - Proletarier-

Stadtsoldaten. August Hartmann, 18 Jahre alt -

Streitfalltafel.

Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingelangt werden,

Zutepfannerei und Weberei in: Leipzig-Lindenau (Kränker u. Birker),

Zwidau i. Sa. Hocholt i. Weßf. („Aote Erde“),

Meinersdorf i. Erzgeb. (Drechsel u. Günther). - In

Dülken haben 78 Arbeiter bzw. Arbeiterinnen in der

Versammlungskalender.

Wolpha. Sonnabend, 20. April. Augsburg. Sonnabend (Samstag), 20. April im „Röhlergarten“.

Berlin. Sonnabend, 20. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Zollhaus“.

Berlin. (Sektion der Sider.) Jeden Freitag, abends von

Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von

Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Gohrdorferstraße 24 bei Sell.

Berlin. (Sektion Niddorf.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6

Berlin-Wilhelmssee. Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr,

Berlin. (Schiffen- und Landsticker.) Jeden Sonnabend, abends

Crimmitschau. Freitag, den 19. April, Monatsversammlung im

Dülken. Sonntag, 21. April, abends 6 Uhr, bei Franz Seibel,

Ellenburg. Freitag, 19. April, im Gewerkschaftshaus „Livol“.

Frankenberg. Sonnabend, 20. April, abends 9 Uhr, im „Stadtparc“.

Freiberg. Sonnabend, 20. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Union“:

Glauchau. Sonnabend, 20. April, abends 9 Uhr, im „Weißen

Kamen i. Sa. Sonnabend, 20. April: Zahltag.

Reichenau. Sonntag, 21. April, nachmittags 3 Uhr, im „Kaiserhof“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Reichenau. Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysiun“.

Quittung.

Für die ausgesparten Posamentierer Berlins gingen ferner

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme

Die Stelle des 2. Geschäftsführers in der Filiale Barmen

Filiale Sommerfeld. Bezirk Frankf. a. O. Sonntag, den 14. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Kur-

Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Ab-

Nach der Versammlung: Tanzkränzchen. Alle Mitglieder, weiblich sowie männlich, werden dringend er-

Achtung! Achtung! Filiale Crefeld. Am Montag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im

ordentliche Generalversammlung der Filiale statt. Tagesordnung: 1. Verlesung der ausgetretenen Mit-

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Unsere Kollegen Fritz Osthus und seiner Braut zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glück-

Die Kollegen der Zahlstelle Gütersloh. Tüchtige, geübte Spinnerei-Arbeiter und Arbeiterinnen

Sucht Leipziger Baumwollspinnerei, Leipzig-Lindenau. Arbeitszeit: 59 1/2 Stunden per Woche.

Wochenverdienst: Andree: 16 M., steigend bis 19 und 20 M.

Aufficker: Anfangslohn 8 M., nach vier Wochen 10, steigend

bis 14 und 16 M. Ringspinnereien und Flechterinnen 18 M., steigend bis 16 und 18 M.

Redaktionschluss für die nächste Nummer: Montag, den 15. April.

Verlag: Carl Gubig. Verantwortlich für die Redaktion: Hermann Gräßig.

Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. -

Sämtlich in Berlin.